

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 232 · 20. JAHRGANG · AUSGABE 5/2014 VOM 2. MAI 2014 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

4/5 | **Schulsozialarbeit
nicht als »Wanderzirkus«**
Entscheidung im Mai

7 | **Entscheidung
kam zu früh**
INSEK »Strategie Eberswalde 2030«

14 | **Mord
in Altenhof**
Vor 69 Jahren im April

Wahlzirkus: Splittergruppen statt Parteien?

Zur Stadtverordnetenwahl am 25. Mai treten sechs Parteien und sechs Wählergruppen an. Von Politikverdrossenheit keine Spur. Eher kann eine Parteienverdrossenheit angenommen werden. Warum, fragt sich mancher, kommen die verschiedenen parteiunabhängigen Gruppen nicht auf einen Nenner und treten vereint als starke Gegenmacht zu den Parteien an?

Das hat sicher mehrere Gründe. Der wichtigste dürfte sein, daß die verschiedenen Wählergruppen ihrerseits zum Teil sehr gegensätzliche Interessengruppen repräsentieren. Davon abgesehen wäre es aber auch einigermaßen absurd, wenn gerade jene, die sich zu einer unabhängigen Position durchgerungen haben, sich nun freiwillig selber ein solches parteiähnliches Korsett verpassen würden, dem sie gerade entflohen sind.

Parteifraktionen oder vielleicht auch größere Fraktionen überhaupt filtern zwangsläufig die Ideen und den Willen der einzelnen Abgeordneten. Vorschläge brauchen erst einmal eine Mehrheit in der Fraktion, um überhaupt ans Licht der Öffentlichkeit zu kommen. Da wird vieles absorbiert. Mein Schlüsselerlebnis in dieser Hinsicht war eine Fraktionssitzung der damaligen PDS im Februar 2004. Damals war ich Fraktionsneuling und hatte in meiner Naivität vorgeschlagen, in der nächsten Stadtverordnetenversammlung sechs Anfragen zu stellen. Zu Themen, die ich als wichtig erachtete. Das Ergebnis der Fraktionsdiskussion war schließlich, daß eine Anfrage gestellt, eine weitere in einen Ausschuß verwiesen wurde und die anderen als unwichtig abgewiesen oder gar nicht erst diskutiert wurden. Fortan verzichtete ich darauf, meine Anfragen vorab der Fraktion vorzulegen.

Ähnlich läuft das bei Beschlußvorlagen ab. Man wundert sich, wieso gerade die großen Fraktionen, die doch über mehr Kapazitäten verfügen, sich nur selten mit eigenen Beschlußvorschlägen hervortun. Die Initiative wird eben dadurch gehemmt, daß erst der Partei- und Fraktionskonsens hergestellt werden muß. Das wirkt wie eine Selbstblockade. Eingübte Fraktionsdisziplin tut ein übriges und begünstigt die Dominanz Einzelner. Das Extrem machen die Regierungsfractionen im Bundestag vor, wo Absprachen zwischen den Fraktionsführungen letztendlich über die Richtung der Politik entscheiden. Wenn Merkel und Steinmeier sich einig sind, wird's so gemacht.

Unter Demokratie verstehe ich etwas anderes. Wenn sich die Kleinteiligkeit der zur Wahl stehenden Gruppierungen am 25. Mai auch im Wahlergebnis widerspiegeln sollte, dann ist das aus meiner Sicht als Gewinn für die Demokratie zu werten. Der einzelne Stadtverordnete als Subjekt gewinnt an Bedeutung gegenüber den inhaltlich geglätteten Fraktionssubjekten. Eine Stadtverordnetenversammlung, die sich aus selbstbewußten Individualisten zusammensetzt, wäre wünschenswert. Auch weil eine solche Versammlung von Individualisten schwerer durch die Stadtverwaltung zu beherrschen sein wird. Die Regierbarkeit wird leiden, werden jene meinen, die darunter die Dirigierbarkeit der Abgeordneten verstehen – und insofern recht haben.

Ich bin mir sicher, selbstbewußte Abgeordnete werden ihre Regeln finden, um zu einer Meinungsbildung zu kommen, in der sich die Meinungsvielfalt der Gesellschaft widerspiegelt, ohne daß einzelne dominieren. Das erhöht die Chancen, daß sich Vernunft durchsetzt.

GERD MARKMANN

Anzeige



Alternativen sind machbar!

Kommunalwahlen am 25. Mai

~~☒~~ ~~☒~~ ~~☒~~ Liste 12

Doppelter Beschleiß Der Erste Mai im Barnim

Im Februar lehnte der Eberswalder Hauptausschuß die Vergabe von Postdienstleistungen an die City Brief Bote GmbH (CBB) mehrheitlich ab. Grund waren Zweifel, daß das Brandenburgische Vergabegesetz eingehalten wird. Das Gesetz schreibt einen Mindeststundenlohn von 8,50 Euro vor. Eine Vergleichstabelle zeigte, daß der CBB erhebliche Rabatte angeboten hatte. Der Normalbrief, für den andere CBB-Kunden 52 Cent bezahlen, sollte die Stadt nur 35 Cent kosten. So lag die Vermutung nahe, daß solche Dumpingpreise nur durch Dumpinglöhne angeboten werden können.

Nähere Informationen bot Finanzdezernent Bellay Gatzlaff in nichtöffentlicher Sitzung an. Er erläuterte, wie das Vergabegesetz gemäß einer Richtlinie des Wirtschaftsministeriums angewendet wird. Der 8,50 Euro Mindestlohn gelte nur für öffentliche Aufträge, nicht aber für Aufträge Dritter. Daher werde der Umsatz des öffentlichen Auftrags durch den Gesamtumsatz des Unternehmens geteilt. Der sich daraus ergebende Prozentsatz wird mit dem tatsächlich gezahlten Lohn multipliziert. Das Ergebnis wird dann auf den tatsächlichen Lohn aufgeschlagen.

Der Branchenmindestlohn für Postdienstleistungen beträgt 6,70 Euro pro Stunde. Der Auftragswert erreicht nur einen sehr kleinen Prozentsatz vom Gesamtumsatz, so daß der Lohnzuschlag deutlich unter 10 Cent bleibt. Der um den Zuschlag erhöhte Lohn wird nun der Angebotskalkulation zugrunde gelegt. Dabei handelt es sich um einen fiktiven Lohn, der bei den Beschäftigten keineswegs ankommen muß. Ein doppelter Beschleiß.

Faktisch wird so das Brandenburgische Vergabegesetz ad absurdum geführt. Diese sogenannte Mischkalkulation ist eine Verarschung des Gesetzgebers durch die Verwaltung und zugleich Verhöhnung der Beschäftigten.

Freilich haben wir es hier mit den Folgen von Bundes- und Europapolitik zu tun. Post-Privatisierung und -»Liberalisierung« haben womöglich Poststrukturen betriebswirtschaftlich effizienter gemacht. Aus volkswirtschaftlicher Sicht hingegen stellt sich das Ganze als unwirtschaftlich dar. So hetzen in Eberswalde mindestens drei Postzusteller parallel durch die Straßen. Auch die übrige Infrastruktur von Postannahme über Sortierstationen bis zum Transport muß dreimal vorgehalten werden. Dreifacher Aufwand, den die Postkunden bezahlen oder der eben zulasten der Angestellten minimiert wird. Oder vielmehr beides.

Der Markt wird's richten. Kaum zugunsten kleiner Firmen wie dem CBB. Die wird »der Markt« hinrichten. Der gesetzliche Mindestlohn beschleunigt das.

Ist das gut oder schlecht? Der Stadt Eberswalde steht es jedenfalls schlecht zu Gesicht, wenn sie Menschen, die Eberswalder Bürgerinnen und Bürger sind, in Dumpinglöhne zwingt.

GERD MARKMANN

Eberswalde/Bernau (bbp). Das Gewerkschaftsmotto zum 1. Mai heißt »Gute Arbeit, soziales Europa«. In Bernau hatte ein Unterstützerkreis aus SPD, Jusos, DIE LINKE, Solid, Rotfuchs und DKP die Bürger auf den Marktplatz eingeladen. Mit dabei auch der Brandenburger Wirtschafts- und Europaminister Ralf Christoffers (DIE LINKE) und Janine Balder (ver.di) mit einer Diskussion zu den Themen Mindestlohn, Leiharbeit und Europapolitik.

In Eberswalde konnte für die Maiansprache auf dem Marktplatz Reiner Biek von der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft gewonnen

werden und Uwe Ledwig (NGG), Uwe Erschens (ver.di) und andere Gewerkschafter für eine Podiumsdiskussion.

In beiden Städten haben die Organisatoren ein vielseitiges Unterhaltungsprogramm organisiert mit Spaß, Kultur, Politik und Musik.

In Eberswalde gehörten neben den Gewerkschaften DIE LINKE, die SPD Barnim und Finow, die DKP, die KPD (hierzu siehe S. 3) und die Eberswalder Fördergruppe der Zeitschrift »Rotfuchs« zu den Organisatoren. Rotfuchs hat auch die »Barnimer Bürgerpost« und die Kiezzeitung »Maxe« eingeladen.

Mit Lügen beginnen Kriege

Drei deutsche Soldaten, darunter ein Oberst, und ihr deutscher Übersetzer sind mit drei weiteren Nato-Offizieren im umkämpften Slawjansk in der Ostukraine von »Selbstverteidigungskräften« festgenommen worden. Ein vierter aus dem Nicht-NATO-Mitglied Schweden wurde ein Tag später aus humanitären Gründen freigelassen, weil er Diabetiker ist.

Die Ende April festgenommene Gruppe war, das hat der stellvertretende Direktor des OSZE-Krisenpräventionszentrums Claus Neukirch ausdrücklich bestätigt, nicht im OSZE-Auftrag tätig.¹

Diese Militärs gehören nicht zu der offiziellen OSZE-Beobachtermission, deren Entsendung in die Ukraine im März für zunächst 6 Monate beschlossen worden war. An der offiziellen Mission sind auch zehn Deutsche beteiligt. Auftraggeber ist vielmehr die Bundeswehr, auf Anforderung der Kiewer Regierung. Ein internationales Mandat konnten die Militärbeobachter zu keinem Zeitpunkt vorweisen.

Als offizielle Grundlage wird das »Wiener Dokument« angegeben. Das ist eine Rüstungskontrollvereinbarung von Anfang der 90er Jahre. Die festgenommenen Bundeswehroffiziere kommen daher auch vom »Zentrum für Verifikationsaufgaben der Bundeswehr« (ZVBw). »Soldaten des ZVBw«, beschreibt diese Einrichtung ihre übliche Tätigkeit, »inspizieren Militäranlagen der Vertragspartner und begleiten ausländische Delegationen, die zur Inspektion nach Deutschland kommen.«²

In der Bundeswehr seien die Aktivitäten in der Ukraine schon vor der Gefangennahme in Slawjansk als »ungewöhnlich« und »in dieser Form noch nicht vorgekommen« eingestuft worden. Denn Ziel ist nicht die routinemäßige Rüstungskontrolle. Vielmehr reisen die Militärbeobachter in ein Gebiet wo ein gefährlicher Konflikt stattfindet.³

Angefordert ist die Beobachtermission von der ukrainischen Regierung, die im Februar durch einen Putsch an die Macht kam und eine der Konfliktparteien ist.

Oberst Axel Schneider, der jetzt in Slawjansk festgehalten wird, hatte kurz vor seiner Verhaftung öffentlich im Bayerischen Rundfunk verkündet, daß sich die Beobachter »ein Bild davon machen«, »in welchem Zustand« die bewaffneten Verbände der Ukraine seien. Schneider teilte ausdrücklich mit, man blicke »auf reguläre, auf staatsbewaffnete Kräfte«. Es gebe keinerlei Auftrag, sich mit separatistischen Verbänden oder gar mit angeblich in der Ukraine operierenden russischen Spezialtruppen zu befassen.⁴

Wieso die Bundeswehroffiziere die ukrainischen Truppen in Slawjansk suchten, das bekanntermaßen seit mehreren Wochen von den sogenannten »Pro-Russen« kontrolliert wird, bleibt im Dunkeln. Zumindest ist die Vermutung der Slawjansker, es handele sich um eine Spionagemission, nicht so ohne weiteres von der Hand zu weisen. Zumal die Gefangennahme kurz nach dem Beginn der »Offensive« des Kiewer Regimes auf Slawjansk erfolgte.

BRD-Regierungssprecher Seibert spricht von »Geiselnahme gegen jedes Recht«. Zugleich heißt es, eine gewaltsame Befreiung sei nicht vorgesehen. Das läßt hoffen, daß trotz aller »starken Worte« noch ein gewisser Realitätssinn vorhanden ist, der auch registriert, daß die aktuelle Konfrontation mit Rußland den deutschen Interessen widerspricht – auch den Interessen des überwiegenden Teils des hiesigen Monopolkapitals. G.M.

1 – Separatisten führen Militärinspekteure vor. www.faz.net/27.04.2014.

2 – Zentrum für Verifikationsaufgaben der Bundeswehr. www.kommando.streitkraeftebasis.de.

3 – www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58848

4 – www.br.de/radio/bayern2/sendungen/radiowelt/axel-schneider-ruestungskontrolle-ost-ukraine100.html

Anzeige

Kein Krieg!
Alternative Liste Eberswalde

»KPD-Verbot« am 1. Mai in Eberswalde:

Keine Toleranz für Stalin-Bildnisse

Eberswalde (bbp). Im Jahr 1956 wurde die 1918 von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gegründete Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) in der BRD wegen angeblicher Verfassungswidrigkeit verboten. Dreizehn Jahre später erfolgte die Neugründung als Deutsche Kommunistische Partei (DKP).

Das KPD-Verbot von 1956 wurde bis heute nicht aufgehoben. Dennoch gibt es in der heutigen BRD eine legale KPD. Die wurde im Februar 1990 in der DDR gegründet und ist auch im Landkreis Barnim und in Eberswalde aktiv. Vorsitzender der Regionalgruppe Barnim/Märkisch-Oderland ist Karl-Heinz Blättermann aus Eberswalde. Bekannt wurde er als Sprecher der »Neuen Spartakusgruppe«, die seit einigen Jahren Kundgebungen am Max-Reimann-

Denkmal im Brandenburgischen Viertel abhält. Als die KPD-Regionalgruppe davon hörte, daß der DGB in diesem Jahr am 1. Mai wieder eine Veranstaltung auf dem Eberswalder Marktplatz organisiert und ein Vorbereitungskomitee die Arbeit aufgenommen habe, meldete sich Karl-Heinz Blättermann nach Rücksprache mit dem KPD-Landesvorsitzenden Klaus Weber für eine Teilnahme an. »Ich hatte unser Propagandamaterial der KPD für den 1. Mai offengelegt, auch die Gründungsurkunde von 1990 zu DDR-Zeit«, berichtete der KPD-Regionalvorsitzende. »Auch die neue KPD-Fahne, die an unserem Stand zum 1. Mai wehen sollte, war zu sehen. Nach der Offenlegung gab es große Empörung aller Anwesenden, weil auf unseren Propagandamaterialien und unserer Fahne neben

den Bildnissen von Marx, Engels und Lenin auch Stalin zu sehen ist. Er wurde von den Anwesenden als 'Verbrecher' betitelt.

Ich hatte wegen eines Mehrheitsbeschlusses angefragt. Diese Anfrage kam aber schon nicht mehr zum tragen. Ich teilte darauf mit, daß ich die Veranstaltung verlassen möchte. Dem wurde zugestimmt. Ich ging mit dem Gruß der KPD 'Rot Front'.« Auf dem 1. Mai-Flyer des DGB ist die KPD als Mitveranstalter genannt. »Es ist eine Frechheit«, so Karl-Heinz Blättermann, »uns auf dem Flugblatt zu benennen, uns aber nach meinem Bericht vor der Vorbereitungscommission die Teilnahme zu verbieten. Die KPD und der 1. Mai sind untrennbar!«

Der unkritische Bezug auf Stalin wird nicht nur von bürgerlichen und sozialdemokratisch orientierten Teilnehmern der Maiveranstaltung kritisiert. Besonders scharf haben sich Kommunisten der DKP von der Absicht distanziert, Stalin-Bildnisse vorzuzeigen.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit?

In der 3. Ausgabe 2014 der BBP ist auf Seite 5 unter der Überschrift »Vergabe von Postdienstleistungen«, ein Brief von Verdi an die Stadtverordnetenversammlung Eberswalde zu finden. Darin werden die Stadtverordneten von Eberswalde aufgefordert, wegen der Nichtzahlung des Mindestlohnes keine Postdienstleistungen an die City Brief Boten GmbH zu vergeben.

Einige Anmerkungen dazu: Private Postdienstleistungen haben in der BRD einen Marktanteil von 10%. Unterstellt man für Eberswalde durchschnittliche Verhältnisse, so tragen die privaten Briefzusteller nur 10% der Briefe im Vergleich zu den Briefträgern der DPAG aus. Anders formuliert, würde ein privater Briefzusteller den Mindestlohn erhalten,

so wäre bei Erfüllung der Parole »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit« beim DPAG Briefträger ein Stundenlohn von 85 Euro fällig! Das ist die Konsequenz gewerkschaftlicher Forderungen.

Zu beachten ist auch noch, im Jahre 2013 hat die DPAG, die wahrscheinlich die Post der Stadtverwaltung Eberswalde befördern wird, eine Steigerung des operativen Ergebnisses im Briefgeschäft um 17% erreicht! Ursache war dabei auch die Portoerhöhung für den Standardbrief. Für 2014 ist durch die erneute Portoerhöhung für den Standardbrief mit weiteren Gewinnen der DPAG zu rechnen. Die Kunden werden erheblich geschröpft, schließlich hat die DPAG innerhalb von 2 Jahren die Preise bei der Briefbeförderung um 9,1% erhöht.

Die Position der Gewerkschaft Verdi sorgt dafür, daß die Gewinne der DPAG weiter steigen. Sie dient den Aktionären und somit den Interessen des Monopolkapitals. Der Brief von Verdi an die Stadtverordneten stellt einen Aufruf zur Steuerverschwendung dar.

Eine Anmerkung noch: Gewerkschaften fordern bei Tarifverhandlungen oft einen Ausgleich für die Inflationsrate. Wie sieht das beim oben aufgeführten Beispiel mit dem Porto des Standardbriefes aus. Die Erhöhung im Jahr 2013 betrug 5,45%. Nach einem Jahr wird in der amtlichen Statistik der BRD dieser Wert getilgt. Die weitere Erhöhung des Preises von diesem Produkt um 3,45% im Jahre 2014 führt zum Sinken der amtlichen Inflationsrate um 2 Prozentpunkte, obwohl sich der Preis dieses Produktes um 9,1% erhöht hat.

Dr. ULRICH POFAHL

Anzeige

Dem BARNIMER KLÜNGEL ein Ende setzen!

Verehrte Damen, verehrte Herren,

der Seilschaften-Filz in den Brandenburger Kommunen breitet sich immer mehr aus. Eigene Süppchen werden gekocht und die Bürger bei wichtigen Entscheidungen außen vor gelassen.

Im Barnim regiert Landrat Bodo Ihrke seit 21 (!) Jahren als Chef der Kreisverwaltung in herrschaftlicher Weise – bequem und nahezu uneingeschränkt. Die Mehrheit der Kreistagsabgeordneten folgt brav und erfüllt seine Vorgaben ohne Murren.

Eigentlich sollten gewählte Politiker nur ihrem Gewissen verpflichtet, selbstbewusst und eigenständig handeln. Primäre Aufgabe der Parlamente ist, die kommunalen Verwaltungen zu kontrollieren und kritisch-konstruktiv zu begleiten.

Im Barnim jedoch entscheiden „Hinterzimmerpolitik mit Absprachen“ und Fraktionszwänge. Gelebte Demokratie? Fehlanzeige!

Sollte der Barnimer Einheitsbrei aus LINKE-SPD-CDU-FDP wieder absolute Mehrheit erlangen, werden die Hoffnungen auf mehr Transparenz, Bürgernähe, Mitbestimmung und Einfluss von unten zerstört.

Die Zeit für eine politische Erneuerung ist überreif. Gemeinsam schaffen wir den Wechsel.

Ich werde mit allen zusammenarbeiten, die das gleiche Ziel verfolgen: Dem Barnimer Klüngel ein Ende setzen!

Mein Name ist Andreas Steiner, ich wohne in der Gemeinde Schorfheide (Ortsteil Lichterfelde) und arbeite als Fachgutachter im Bereich Umwelttechnologie.

Bei der Kommunalwahl am 25.05.2014 bitte ich Sie herzlich um Ihre Stimme für den Kreistag Barnim und die Gemeindevertretung Schorfheide.

Ihr Andreas Steiner

Schulsozialarbeit:

Entscheidung im Mai

Eberswalde (bbp). Das Thema Schulsozialarbeit beschäftigt die Stadtverordneten seit Oktober 2013. Damals hatte die Fraktion Die Linke/Allianz freier Wähler (DL/AfW) den Vorschlag eingebracht (BBP 10/2013).

Statt sich auf eine inhaltliche Diskussion einzulassen, hatte sich damals die Stadtverwaltung in Person des Finanzdezernenten Bellay Gatzlaff ausschließlich auf die fehlenden Finanzierungsvorschläge konzentriert und sogar von einem »rechtswidrigen Vorschlag« gesprochen. Die teilweise sehr destruktive Diskussion zog sich bis Dezember hin, als auf Vorschlag der Fraktionen SPD, Die Linke, CDU und Bündnis 90/Die Grünen die Bildung einer Arbeitsgruppe aus »unabhängigen Fachexperten« beschlossen wurde. Die Arbeitsgruppe sollte es der Stadtverwaltung ermöglichen, bis März 2014 einen Vorschlag zur Schulsozialarbeit vorzulegen. Statt zu einem Ergebnis waren die Experten aber lediglich zu der Erkenntnis gelangt, daß sie noch wenigstens ein halbes Jahr Zeit brauche, um Resultate vorweisen zu können.

Nun entschlossen sich die Erfinder der Arbeitsgruppe, doch den im Dezember abgelehnten Vorschlag der Fraktion DL/AfW aufzugreifen und noch vor den Kommunalwahlen über die Schulsozialarbeiterstellen zu entscheiden. Diesmal ergriff Bürgermeister Boginski, der inzwischen seine Wiederkandidatur für die im Herbst stattfindende Bürgermeisterwahl bestätigt hat, mit einem Änderungsantrag die Initiative. Darin waren allerdings ein paar Fallstricke versteckt, wie der Fraktion DL/AfW auffiel (vgl. Seite 5).

Es sei eine »sehr gut verüllte Mogelpackung«, so der stellvertretende Fraktionsvorsitzende CARSTEN ZINN, bei der es vordergründig darum gehe, einen »Wanderzirkus' von projektbezogener unterstützender sozialpädagogischer Jugendarbeit für die drei Grundschulen zu installieren«.

Die »Mogelpackung« blieb auch in dem überarbeiteten Änderungsantrag enthalten, den die Verwaltung einen Tag vor der Stadtverordnetenversammlung präsentierte. Daher beantragte die Fraktion DL/AfW noch einmal den Verweis in die Ausschüsse, was eine knappe Stadtverordnetenmehrheit mit 14 gegen 13 Stimmen bei 3 Enthaltungen befürwortete. Eine Entscheidung über die Schulsozialarbeit an den Eberswalder Grundschulen wird nunmehr auf der letzten Stadtverordnetenversammlung der Wahlperiode am 22. Mai fallen.

Zuvor werden am 7. Mai der Ausschuß für Bildung, Jugend und Sport, am 8. Mai der Finanzausschuß und am 15. Mai der Hauptausschuß darüber beraten.

Anzeige

Initiative fördern
Alternative Liste Eberswalde

Ein Dauerproblem für einige Finower

Ungerechtfertigte Gebühren für Straßenreinigung und Winterdienst

Von betroffenen Bürgern wurde die ALLIANZ FREIER WÄHLER über ein jahrelang anstehendes Problem informiert: An der Fritz-Weineck-Straße liegt das Grundstück Platz der Jugend. Das gehört insgesamt 20 Hauseigentümern. Die Grundstücksfläche grenzt mit 110 m an die Fritz-Weineck-Straße. 32 m davon nimmt eine Grünfläche ein, die problemlos separat abgerechnet wird. In die Kosten für die restlichen 78 Frontmeter müßten sich die 20 Hauseigentümer (Anlieger und Hinterlieger) teilen. Sie hätten dadurch nach aktuellem Stand der Straßenreinigungsgebührensatzung je laufenden Meter eine Jahresgebühr von 3,52 Euro zu bezahlen. Bei 78 Metern ergibt sich daraus eine Forderung von 274,56 Euro. Aufgeteilt auf die 20 Hauseigentümer ergeben sich 13,73 Euro pro Jahr.

Doch weit gefehlt. Die Stadt Eberswalde rechnet anders. So mußten 2013 z.B. die Bewohner des ersten Hauses 158,40 Euro bezahlen, die der Häuser 2 und 4 je 154,88, die des elften Hauses 176,00 Euro, die von Nr. 10 sogar 207,68 Euro. Und so geht es weiter. Auch die anderen der 20 Familien sind aufgefordert, Gebühren weit über 13,73 Euro zu zahlen. Insgesamt bezahlten die Bewohner 2013 rund 3000 Euro für 78 gereinigte Meter. Rechnet

man die von allen Bewohnern gezahlten Gebühren im Frontmeter um, so ergeben sich statt 78 Meter rund 850 Meter.

Das geht nun schon jahrelang so. Auch in den vergangenen Jahren wurden von den Familien Frontmeter bezahlt, die so gar nicht existieren, schließlich beträgt die Gesamtfreilänge des Grundstückes lediglich 110 Meter.

Die Allianz freier Wähler widerspricht dem Vorgehen ganz entschieden.

Die Rechenkunststücke der Verwaltung sind Folge der Nichtbeachtung von Bestimmungen der Straßenreinigungsatzung und des Kommunalen Abgabengesetzes Brandenburg.

Einsprüche dagegen wurden vom Rathaus stets zurück gewiesen. So eine Rathausbürokratie ist eben doch eine Macht.

Es ist eine berechtigte Forderung der Familien des Grundstückes Platz der Jugend :

1. Sofortiger Schluß mit der Überzahlung
2. Rückerstattung der in der Vergangenheit zu viel aberlangten Gebühren.

Die Stadt Eberswalde muß verloren gegangenes Ansehen wieder zurück gewinnen und Vertrauen zu den Familien des Platzes der Jugend neu aufbauen!

Dr. GÜNTHER SPANGENBERG,
 Allianz freier Wähler

SPD Finow ehrte Mitglieder und wählte neuen Vorstand:

Willy-Brandt-Gedenkmünze überreicht

Finow (spd). Am 15. April kamen die Mitglieder des SPD Ortsvereins Finow zusammen, um turnusmäßig den Ortsvereinsvorstand und die Delegierten zu den Unterbezirksparteitagen für die nächsten zwei Jahre zu wählen.

Zu Beginn der Sitzung wurden zwei Neumitglieder begrüßt und mit der Übergabe des Parteibuches aufgenommen. Danach überreichte der Vorsitzende Ringo Wrase an Frau Brigitte Kuchenbecker und Herrn Eckhart Grabbert für ihre Verdienste um den Ortsverein Finow den Ehrenbrief der SPD und die Willy Brandt Gedenkmünze.

Frau Kuchenbecker war 24 Jahre in der Revisionskommission des Ortsvereins tätig. Herr Grabbert war nach der Wende Vorsitzender des Ortsvereins und bis 2010 Kassierer.

Nach dem umfangreichen Rechenschaftsbericht des Vorsitzenden über die Arbeit der letzten zwei Jahre und einer kurzen Diskussion dazu wurde der Vorstand einstimmig entlastet.

Im Anschluß wurde Ringo Wrase zum dritten Mal mehrheitlich zum Ortsvereinsvorsitzenden gewählt. Der Stellvertreter Jörg Mrozek, der Kassierer Sascha Glück, der Webmaster Eckhard Schubert, der Schriftführer Jörg Zaumseil und 1. Beisitzer Mario Chudoba wurden ohne Gegenkandidaten wiedergewählt.

Der Abiturient Stefan Schmiedel wurde als neuer Beisitzer vorgeschlagen und gewählt.



Brigitte Kuchenbecker erhält vom Ortsvereinsvorsitzenden Ringo Wrase für ihr langjähriges Wirken in der SPD Finow die Willy-Brandt-Gedenkmünze.

Da Heiko Schult seit dem 1. Februar Kassierer im Unterbezirk Barnim ist, verzichtete er auf eine Kandidatur für den Vorstand.

Außerdem wählten die Mitglieder ihre Delegierten zu Unterbezirksparteitagen für die nächsten zwei Jahre. Birgitt Hellenbach und Heiko Schult wurden einstimmig in die Revisionskommission gewählt.

Ringo Wrase bedankte sich bei Heiko Schult für seine Arbeit im Vorstand und bei den Mitgliedern der Zählkommission für das auszählen der fünf geheimen Wahlgänge.

Schulsozialarbeit *nicht als »Wanderzirkus«*

Position der Fraktion DIE LINKE/ALLIANZ FREIER WÄHLER (DL/AfW) in der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde

Wir hatten bereits in unseren Mitteilungen vom 02.04.2014 und 15.04.2014 unsere Genugtuung kundgetan, daß nunmehr Bewegung in die Sache Schulsozialarbeit gekommen ist. Wir hatten auch angekündigt, der Beschlußvorlage von SPD, LINKEN und Bündnisgrünen, die wichtige Inhalte unseres Fraktionsantrages vom Herbst 2013 (BV/1040/2013) zur Schaffung von Vollzeitstellen für Schulsozialarbeit an den drei städtischen Grundschulen aufgegriffen haben, zuzustimmen.

Inzwischen hat der Bürgermeister einen Änderungsantrag eingereicht. Sehr positiv sehen wir die Tatsache, daß nun auch die Stadtverwaltung mit der Schaffung von Schulsozialarbeiterstellen einverstanden ist. Daß statt 3 Vollzeitstellen nunmehr ein dreiköpfiges Team mit zusammen 80 Wochenstunden realisiert werden soll, ist ein Kompromiß, den wir mittragen können. Allerdings weist der Änderungsantrag des Bürgermeisters auch einige Passagen auf, die der Kritik bedürfen. Wir haben diese Kritik bereits per eMail vorgebracht und darum gebeten, sie allen Stadtverordneten zugänglich zu machen, was auch erfolgt ist.

In der Beratung beim Bürgermeister am 16.04.2014 schien in den wesentlichen Punkten ein mehrheitlicher Konsens erreicht worden zu sein. Es soll ein Team von sozialpädagogischer Arbeit an allen drei relevanten Grundschulen wirksam werden. Bürgermeister Boginski sprach davon, daß an der Grundschule »Schwärzese« mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit eine Vollzeitstelle zum Einsatz kommt.

Für unsere Fraktion habe ich nochmals erklärt, daß wir von präventiver Schulsozialarbeit am Standort Schule sprechen und eine relevante Passage in einen gemeinsamen Antrag, den wir ggf. als Miteinreicher mittragen können, formuliert sein sollte.

Wir forderten auch die Klarstellung, daß die Stellen für Schulsozialarbeit mit Beginn des Schuljahres wirksam werden, übten Kritik an den vom Bürgermeister angebotenen Finanzierungsmöglichkeiten und verwiesen auf unsere alternativen Finanzierungsvorschläge.

Der Bürgermeister kündigte eine überarbeitete Variante seines Änderungsantrages an. Tatsächlich lag dieser geänderte Änderungsantrag am Tag vor der Stadtverordnetensitzung am 24. April vor. Leider blieben die daran geknüpften Erwartungen unerfüllt. Der Beschlußtext des Änderungsantrages blieb fast unverändert. Die Sachverhaltsdarstellung wurde neu gefaßt – allerdings in einer dem Laien unverständlichen Sprache. Sprechblasen, deren Sinn dem Leser verschlossen bleibt.

Dabei blieben auch die Hinweise hinsichtlich der Finanzierungsvorschläge völlig unberücksichtigt. Da war nach der Beratung am 16. April anderes zu erwarten gewesen. Unsere Hoffnung wurde enttäuscht.

Wir halten an unseren Aussagen vom 15.04.2014 fest:

Das Stundenkontingent von 80 Wochenstunden können wir als guten Anfang und Kompromiß akzeptieren.

Unsere Fraktion fordert eine Klarstellung, daß mit den 80 Stunden tatsächlich präventive



sozialpädagogische Schulsozialarbeit zusätzlich zum aktuellen Ist-Stand angeboten wird und nicht lediglich bereits vorhandene Jugendarbeit an den Schulen unter neuem Namen »umfunktioniert« wird.

Ebenfalls klarzustellen ist, daß die zusätzlichen Stellen der Schulsozialarbeit mit Beginn des Schuljahres 2014/2015 wirksam werden.

Angesichts der besonderen Situation an der Grundschule »Schwärzese« soll hier eine Vollzeitstelle zum Einsatz kommen. Die zweite Vollzeitstelle für Schulsozialarbeit müßten sich demnach die Grundschule Finow und die Bruno-H.-Bürgel-Schule vorerst teilen. Dies halten wir für einen akzeptablen Kompromiß, wobei das Ziel bleibt, auch an diesen Schulen in der Perspektive mindestens eine Vollzeitstelle für Schulsozialarbeit bereitzustellen.

Die im Änderungsantrag des Bürgermeisters angegebenen Finanzierungsquellen für die im Jahr 2014 anfallenden Kosten halten wir zumindest teilweise für nicht akzeptabel. Hier scheint es sich eher um die »heimliche Rache« des Finanzdezernenten zu handeln als um einen wirklich konstruktiven Vorschlag.

Wenn hier solch sensible Bereiche, wie die Feuerwehr, die Sportstätten und der Familiengarten, deren Budgets ohnehin sehr begrenzt sind, herangezogen werden, ist das aus unserer Sicht kontraproduktiv.

Die Fraktion DIE LINKE/ALLIANZ FREIER WÄHLER favorisiert folgenden Deckungsvorschlag:

1. Die Minderausgaben durch die unbesetzte Dezernentenstelle betragen für den Zeitraum von 01.07.2013 bis 30.06.2014 mindestens 80.000 Euro. Ab 01.10.2013 wurde zur Entlastung des Bürgermeisters ersatzweise ein Referent eingestellt, dessen Stelle bis 30.06.2014 weniger als 50.000 Euro gekostet haben dürfte. Daraus ergibt sich eine Differenz von mindestens 30.000 Euro, die für die Finanzierung der Schulsozialarbeiterstellen zur Verfügung steht.
2. Einsparung in Höhe von 10.000 Euro, da das jährliche Einschulungsfest der Stadt Eberswalde »Hurra ich bin ein Schulkind« in diesem Jahr

nicht auf dem Marktplatz stattfindet, sondern Teil der Übergabefeierlichkeiten des neuen Standorts der Grundschule »Schwärzese« im Brandenburgischen Viertel ist und aus Mitteln des Programms »Soziale Stadt« finanziert wird.

3. Angesichts der nach Angaben des Bürgermeisters zu deckenden Finanzierungslücke von 41.000 Euro verbleiben lediglich 1.000 Euro, die aus den Gewerbesteuerermehreinnahmen oder aus der Rücklage zu entnehmen sind.

Die Fraktion Die Linke/Allianz freier Wähler hat stets darauf aufmerksam gemacht, daß der Landkreis Barnim in der Pflicht ist, die geforderten Vollzeitstellen für Schulsozialarbeit zu finanzieren. Daran halten wir fest.

In unserer Beschlußvorlage vom Dezember 2013 hatte unsere Fraktion ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es uns um unbefristete Vollzeitstellen geht, die in der Lage sind, gegenüber den Schülerinnen und Schülern langfristig Vertrauen aufzubauen.

Wir wenden uns gegen eine Aufspaltung der Stellen in eine Vielzahl fluktuierender Teilzeitstellen, was die Formulierung im Bürgermeister-Änderungsantrag, wo von einem »Hilfeteam von Fachkräften« gesprochen wird, zumindest offenläßt.

Voraussetzung für die Besetzung der Stellen ist aus unserer Sicht die Qualifikation als Sozialarbeiter/in bzw. Sozialpädagoge/in. Die vorhandene Teilzeitstelle soll dabei möglichst ohne Personalfluktuierung zur Vollzeitstelle erweitert werden. Kontinuität und Verlässlichkeit sind ein wichtiges Kriterium.

Wir gehen davon aus, daß eine Vergütung nach dem Tarifvertrag des Öffentlichen Dienstes (TVöD) vorgesehen ist.

CARSTEN ZINN,
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Anmerkung: Auf der Grundlage der Vorschläge hat die Fraktion einen Änderungsvorschlag formuliert, der als alternativer Finanzierungsvorschlag außerdem einen Rückgriff auf Minderausgaben des Tierparks in den Jahren 2013 und 2014 vorsieht, die nach Berechnung der Fraktion ca. 100.000 Euro betragen.

Bündnis 90/Die Grünen Barnim:

Parteiausschluß

Am 5. April 2014 beschloß das Bundeschiedsgericht von Bündnis 90/Die Grünen nach intensiver Beratung letztinstanzlich, Heinz-Joachim Bona aus Panketal wegen schwer parteischädigenden Verhaltens aus der Partei auszuschließen. Ursula Weisgerber, ebenfalls aus Panketal, wurden für 2 Jahre die Mitgliedsrechte entzogen. Die Entscheidung beendet einen langwierigen Konflikt im Kreisverband Barnim (vgl. »Austritte bei den Grünen« in BBP 4/2014 und »Laudatio auf einen Ausgestoßenen« in BBP 2/2014).

Zu den bevorstehenden Kommunalwahlen hatte sich Heinz-Joachim Bona weder auf Kreis- noch auf Gemeindeebene wieder um eine Aufstellung als Kandidat für Bündnis 90/Die Grünen beworben. Stattdessen kandidiert er für andere Wählergemeinschaften.

Die Grünen treten in Panketal am 25. Mai wieder mit starken Listen an. Für den Kreistag kandidieren dort 5, für die Gemeindevertretung 11 Bewerber.

STEFAN BÖHMER

Kreissynode tagte

Im März 2014 hat die Kreissynode des Evangelischen Kirchenkreises Barnim ein neues Leitungskollegium und einen neuen Kreiskirchenrat gewählt. Diese beiden Gremien übernehmen zwischen den Synodentagungen die Leitungsverantwortung für den Kirchenkreis.

In einem festlichen Gottesdienst am Sonntag Misericordias Domini, 27. April 2014, in der Maria-Magdalenen-Kirche zu Eberswalde wurden das alte Leitungskollegium entpflichtet und die Mitglieder des neuen Leitungskollegiums sowie des neuen Kreiskirchenrates in ihr Amt eingeführt. Die Generalsuperintendentin des Sprengels Potsdam, Heilgard Asmus leitete diesen Gottesdienst.

Dem Leitungskollegium gehören an: Christoph Brust (Pfarrer, Biesenthal, Vorsitzender), Martin Lorenz (Pfarrer, Eberswalde, Stellvertreter), Annette Eydam (Eberswalde) und Monika Pflug-Collmeier (Basdorf).

Dem Kreiskirchenrat gehören, neben den Genannten, folgende weitere Mitglieder an: Dr. Hans-Peter Ende (Finowfurt), Isabel García Schulz (Biesenthal), Anja Hartmann (Eberswalde), Kirsten Höner-March (Eberswalde), Thomas Lenz (Chorin), Harro Semmler (Panketal) und Konstanze Werstat (Bernau).

DOROTHEA MARTIN

Anzeige

Eberswalde ist größer als der Marktplatz

Alternative Liste Eberswalde

4. Eberswalder Völkerballturnier der Toleranz am 26. April:

Die »Backfee« war mit dabei

In der Stadt ist sie, AGNES GRÜNING, vielen bekannt. Stets freundlich und hilfsbereit, ist die jetzige Rentnerin überall dort dabei, wo es Neues zu erfahren oder neue Arbeitstechniken zu erlernen gibt und wo Hilfe benötigt wird.

Das Erlernen der englischen Sprache war ihr nicht genug, begann sie vor einem Jahr, sich für die altdeutsche Traditionsbäckerei zu interessieren. Dabei brachte sie viele Erfahrungen aus der häuslichen Küchenarbeit mit und wollte nun für einen größeren Personenkreis backen. Die »Barnimer Bürgerpost« vermittelte ihr eine Mitwirkung bei der Herstellung von Hefearbeiten im Backofen und in der Fettbackpfanne. Bereits beim 3. Eberswalder Völkerballturnier der Toleranz im April 2013 zeigte sie ihr Können beim Anbieten der wunderbar duftenden Schürzkuchen, Krapfen, Schleifen oder »Nonnenfürzchen«, wie sie mancher Besucher noch aus seiner Kindheit kennt.

Diese Backwerke hat die Fleißige auch beim diesjährigen Völkerballturnier der Toleranz am 26. April wieder bereitgestellt. Sie spendete die Erlöse der wohlschmeckenden Backwerke für



die Teilnehmer des Turniers oder, wie in diesem Jahr, einer bedürftigen jungen Mutter mit zwei Kindern. Auf dem Foto sehen wir Agnes Grüning zufrieden strahlend bei der interessanten Arbeit. Wir freuen uns, liebe Leser, diese fröhliche Helferin in der Not bei der Arbeit vorstellen zu können. Wir freuen uns bereits auf das 5. Völkerballturnier der Toleranz im Jahr 2015.

KARL DIEDRICH

Greenpeace-Graffiti am Freiwilligentag

Am 24. Mai, dem diesjährigen Freiwilligentag, würden wir euch gern zur gemeinsamen Gestaltung eines Graffiti mit dem Themenschwerpunkt – Arktis – einladen.

Wir sind von 10 Uhr bis 17 Uhr im Bereich Cottbuser Straße 7 bis 9 im Brandenburgischen Viertel in Eberswalde anzutreffen. Dort wollen wir auf kreative Art und Weise unsere Mitmenschen dazu ermutigen, einmal selbst Stellung zu beziehen. Gemeinsam wollen wir mit allen Farben, die uns zur Verfügung stehen, gegen die allgemeine Verdrängung der jetzigen

Umweltsituation malen. Wir suchen den gedanklichen Austausch und würden euch gern kennenlernen.

Laßt uns spraysen, Freundschaften schließen und Überlegungen zum Umgang mit dem Thema treffen. Was kann jede/r von uns im Einzelnen tun? Eltern und Kinder dürfen sich von unserem Angebot im gleichen Maße angesprochen fühlen. Kommt einfach vorbei und bringt etwas Zeit und Interesse mit. Wir freuen uns auf euren Besuch!

ENRICO RAVENÉ, Greenpeace-Eberswalde

Hospiztag in Eberswalde

Eberswalde (prest-ew). Hoffnung am Ende des Lebens? Wenn Heilung nicht mehr möglich ist, führt für viele Betroffene der Weg ins Hospiz. Welche Möglichkeiten der Begleitung es gibt, darüber informiert der Eberswalder Hospiztag. Am 14. Juni stehen Mediziner, Theologen und Sterbebegleiter Rede und Antwort, wollen Berührungängste nehmen und den Wert des Abschieds verdeutlichen. Zu den Gästen der Veranstaltung gehört die Psychologin und Autorin Daniela Tausch. »Das zehnjährige Jubiläum des Eberswalder Hospizes ist uns Anlaß, erneut zu einem Hospiztag in unsere Stadt einzuladen. Wir wollen über die Hospizarbeit und neuere Entwicklungen informieren, zugleich auch ein Forum für Austausch und Begegnung sein. Der Evangelische Verein »Auf dem Drachenkopf« war bereits Veranstalter des 5. Brandenburgischen Hospiztages in Eberswalde. Unsere Erfahrung und das positive Echo darauf sind uns Ansporn, auch in diesem

Jahr wieder etwas Licht in dieses von vielen ausgeblendete Thema zu bringen«, so Horst Ritter, Vorsitzender des Evangelischen Vereins »Auf dem Drachenkopf«. Der Verein betreibt seit zehn Jahren das Hospiz in der Eberswalder Erich-Mühsam-Straße 17.

Stolpersteinverlegung

Eberswalde (prest-ew). Am 28. April fand zum dritten Mal eine besondere Form des Gedenkens an die Opfer des Holocaustes in Eberswalde statt. An 13 aus Eberswalde stammende Opfer des Holocaustes wird an 7 Stellen mit weiteren Stolpersteinen erinnert. Aktivist und Schöpfer Gunter Demnig verlegt die kleinen Messingplatten vor Häusern, in denen Juden gelebt hatten. Auf jedem Stolperstein stehen der Name und ein kurzer Hinweis auf das Schicksal des jeweiligen Opfers.

»Entscheidung kam zu früh«

Zum INSEK-Beschluß und den abgelehnten Änderungsvorschlägen

Unsere zur Stadtverordnetenversammlung am 24. April vorgelegten Änderungsanträge wurden nicht zu spät eingereicht, wie verschiedentlich geäußert, sondern die Entscheidung über das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (INSEK) schon im April war zu früh. Der Diskussionsprozeß ist noch nicht abgeschlossen. Er ist vielmehr noch gar nicht richtig in Gang gekommen, auch wenn der Einreicher behauptet, daß die Leitlinien »in den letzten zwei Jahren ... breit diskutiert« wurden.

Die »breite« Diskussion sah im Falle der Stadtforen so aus: Im ersten Forum wurden an 10 Tischen Projektideen gesammelt, jeder Teilnehmer kannte nur die Vorschläge von seinem Tisch. Eine Diskussion im Forum fand nicht statt. Vier Wochen später wurde über die Projektideen abgestimmt, ohne daß es dazu eine Aussprache gab. Die »Abstimmung« erfolgte zu meist nach Eigeninteresse und nicht im Ergebnis einer Abwägung. Die hochlöbliche Bewertung des Stadtforums ist nur Ausdruck einer fragwürdigen Verständnisses von Demokratie.

Der Entwurf des INSEK *Strategie Eberswalde 2030* wurde in einer gemeinsamen Ausschußsitzung am 25. Februar vorgestellt aber erst im Anschluß der Sitzung schriftlich übergeben. Diskussion – zwangsläufig – gleich Null. Der Finanzausschuß war zu dieser Sitzung nicht einmal eingeladen, als ginge diesen die *Strategie 2030* nichts an.

Dazu Dezernent Gatzlaff in der folgenden Finanzausschußsitzung: »*Steht ja sowieso alles unter Haushaltsvorbehalt.*« Was dann im FA gesprochen wurde, als das Thema am 3. April doch noch auf die Tagesordnung kam (nach drei umfangreichen Informationsvorlagen), fand in der Vorlage keine Berücksichtigung, ja wurde nicht einmal erwähnt.

Daß die Vorlage schon im April zur Entscheidung stand, ist nicht dem guten Diskussionsstand geschuldet, sondern weil man schnellstens Förderanträge stellen will.

Das Bündnis für ein demokratisches Eberswalde hat sich sehr frühzeitig in den Diskussionsprozeß eingebracht. Bereits vor einem Jahr – am 7. April 2013 – wandten wir uns mit einer Stellungnahme zum Entwurf der strategischen Leitlinien an die Baudezernentin. Schon dort finden sich unsere Änderungsanträge inhaltlich wieder. Sie erfuhren weder Berücksichtigung noch eine Beantwortung.

Die Änderungsanträge des Bündnisses liegen seit Anfang April vor. Es ist unverkennbar: Die Verwaltung und der überwiegende Teil der Stadtverordneten sind darin einig, daß die Vorschläge des Bündnisses für ein demokratisches Eberswalde abzulehnen sind. Wir (das Bündnis) erzählten immer wieder dasselbe (Gatzlaff), die *Strategie 2030* kann nicht über das beschlossene Energie- und Klimakonzept hinausgehen (Fellner) und es gebe eben unterschied-

liche politische Ansichten (Fellner). Aber nicht die Verschiedenheit der Ansichten ist das Problem, sondern die fehlende Bereitschaft, sich damit auseinander zu setzen.

Nun ist die *Strategie Eberswalde 2030* eindeutig ein politisches Konzept. Es setzt Schwerpunkte für die weitere Entwicklung von Eberswalde. Aber gerade deshalb ist es von besonderem Interesse, wie sich die politischen Kräfte der Stadt zu unseren für die Stadtentwicklung wichtigen Änderungsanträgen stellen. Schließlich sind am 25. Mai Kommunalwahlen und unsere Vorschläge sind so etwas wie Wahlprüfsteine, denn sie betreffen wichtige Fragen der Stadtpolitik. Zu prüfen ist:

Gibt es neben dem Bündnis noch weitere politische Kräfte, die sich mit der Zielstellung Eberswalde – Stadt der Bürger, mit mehr Elementen der direkten Demokratie und mit mehr Transparenz (einschließlich in kommunalen Unternehmen) identifizieren können? Wo sind die Demokraten in dieser Stadt? Einige Parteien führen das Demokratische in ihrem Namen, aber wie demokratisch sind sie tatsächlich?

Welche Kandidaten setzen sich für die umgehende Wiedergründung von Stadtwerken mit höchster Priorität und für eine städtische Energiepolitik im Interesse der Bürger ein? Was hindert die Linke, diese Forderung aufzunehmen, oder die FDP mit Bürgermeister Boginski und Energieausschußvorsitzenden Triefloff?

Ist das Festhalten an der Holzverbrennung zum Zwecke der angeblich nachhaltigen Energiegewinnung als grüne Politik zu akzeptieren, wie auch der Abschied von der Waldstadt Eberswalde, die nur noch Stadt im Wald sein soll? Haben die Grünen Schlußfolgerungen aus dem HOKAWA-Desaster gezogen? Die CO₂-Neutralität der Holzverbrennung ist eine politische Betrachtungsweise, die schon morgen korrigiert werden kann.

Was ist von den politischen Kräften zur städtischen Finanz- und Wirtschaftspolitik erwarten? Ist nicht schon jetzt zu erkennen, daß frühere Förderprojekte, wie z.B. die Landesgartenschau, zu Verlustbringern wurden oder Geschaffenes nicht erhalten werden kann? Die Stadt muß schon vor Inbetriebnahme des BBZ die Mieten für die Nutzer subventionieren. Auch Förderprojekte müssen langfristig nachhaltig sein.

Die *Strategie Eberswalde 2030* enthält viele Allgemeinplätze. Auf den Wunsch zur Konkretisierung kommt als Antwort: »Bis 2030 vorausschauen kann man nicht ganz konkret. Das sind Ziele, die später konkreter unteretzt werden müssen.« Aber die relative Unverbindlichkeit der Strategie wird ganz schnell verbindlich, wenn die Verwaltung diese als Handlungsgrundlage nutzen will. Dann heißt es, das ist doch schon Beschlußlage. Schon jetzt wird das

Bündnis für ein demokratisches Eberswalde:

Acht Änderungsanträge zur Strategie Eberswalde 2030

1. Eberswalde – Stadt der Bürger

Die Stadt ist nicht nur Dienstleister für die Menschen, sondern Ausführende des Willens der gewählten Vertreter sowie der Bürgerinnen und Bürger unmittelbar. Mehr Elemente der direkten Demokratie, umfassende Information über alle städtischen Belange, die auch die Transparenz in kommunalen Unternehmen einschließt.

(Abstimmung: 5 Ja, 15 Nein, 10 Enthaltungen)

2. Kommunal Finanzen

Fördermittelinanspruchnahme nur zulässig, wenn sich dadurch die Haushaltslage langfristig und nachhaltig verbessert.

(5 Ja, 20 Nein, 5 Enthaltungen)

3. Kommunale Unternehmen

als Teil der städtischen Wirtschaft und mit ihrer Rolle und Verantwortung gegenüber den Bürgern in die Strategie 2030 aufnehmen.

(5 Ja, 19 Nein, 6 Enthaltungen)

4. Nachhaltig in die Zukunft

Holz als Brennstoff der Energiegewinnung ist nur statistisch CO₂-neutral. Daher darf nur »Energieholz«, also stofflich nicht verwertbares Holz, zur Energiegewinnung eingesetzt werden.

(6 Ja, 20 Nein, 4 Enthaltungen)

5. Waldstadt Eberswalde soll Waldstadt bleiben und nicht nur Stadt im Wald sein.

(12 Ja, 15 Nein, 3 Enthaltungen)

6. Analyse der Wärmeversorgung/Heizsysteme

in der Stadt Eberswalde und Vorschläge zur optimalen Gestaltung (Versorgungsart, Energieeffizienz, Ökologie, Kosten) mit Priorität 1.

(6 Ja, 18 Nein, 6 Enthaltungen)

7. Umgehende Gründung eines kommunalen Stadtwerkes

und schrittweiser Aufbau seiner Geschäftszweige mit Priorität 1

(5 Ja, 20 Nein, 5 Enthaltungen)

8. Uferwege generell freihalten an den Eberswalder Gewässern. Keine Bebauung zulassen.

(9 Ja, 12 Nein, 9 Enthaltungen)

Energie- und Klimaschutzkonzept als beschlossenes Konzept auf den hohen Sockel der Unantastbarkeit gehoben. (»Über die Festlegungen im Energiekonzept werden wir jetzt nicht hinausgehen« – Fellner). Unsere Forderung ist es deshalb, die Konzeption 2030 permanent kritisch zu betrachten, und erkannte notwendige Korrekturen prompt vorzunehmen, um mögliche Fehlentwicklungen auszuschließen. Dazu ist bereits heute Gelegenheit und Veranlassung.

ALBRECHT TRILLER,

Bündnis für ein demokratisches Eberswalde

Wahlen und Wasser

Seit Sommer 2013 versammeln sich Bürgerinnen und Bürger aus Bernau, Biesenthal, Rüdnitz, Wandlitz und weiteren Gemeinden an jedem Dienstag auf dem Bernauer Marktplatz zu einer Kundgebung. Am 22. April war es bereits die 36. Dienstademo. Worum geht es den Teilnehmern? Im Vordergrund stehen die sogenannten Altanschließerbeiträge, mit denen sich die Regierenden, gestützt auf die (alle!) politischen Parteien, den Zorn der Bürger zugezogen haben. Aber es geht um mehr!

Alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt Bernau, des ganzen Landkreises Barnim und des Landes Brandenburg sollten den Demonstranten, die so viel Ausdauer bewiesen haben, dankbar sein und ihnen ganz herzlich gratulieren. Wir können ihnen bereits erste Erfolge bescheinigen. Sichtbares Zeichen war die Abwahl des Bernauer Bürgermeisters (CDU) und Vorsitzenden des Wasser- und Abwasserzweckverbandes WAV. Die Abwahl wäre ohne die Aktivistinnen der Dienstademos wie z.B. Frau Dora Duhn aus Melchow, Frau Dr. Christel Simon aus Bernau, die Herren Neue, Schuhmann, Strese, Dr. Weßlau ... wahrscheinlich nicht gelungen. Plötzlich macht sich Landrat Ihrke (SPD) »Sorgen um Bernau«! Die Demonstranten geben allen Bürgern des Barnim und allen Bürgern des Landes ein Beispiel für lebendige Demokratie. Sie stehen für eine vernünftige, sozial ausgewogene, naturverträgliche und gerechte Wasserpolitik in Brandenburg. Damit kämpfen sie für Recht und Gesetz. Die Wasserpolitik der Landesregierung ist unvernünftig, unsozial und umweltfeindlich. Beiträge, insbesondere Altanschließerbeiträge, sind nicht nur sozial ungerecht, sondern gesetzwidrig.

Dazu nur zwei Beispiele:

1. Derjenige, von dem ein Beitrag gefordert wird, muß, so steht es im Gesetz, davon einen Vorteil haben. Sein Beitrag gilt als Gegenwert für den erhaltenen Vorteil.
2. Ein Beitrag kann sich nur aus Aufwendungen ergeben, die der Aufgabenträger für die Herstellung des Anschlusses hatte. Das steht nicht nur im Gesetz sondern ist sogar logisch!

Zum ersten Beispiel: Ein Vorteil für die altangeschlossenen Grundstücke ist nicht zu sehen. Der Bundesfinanzhof hat schon 1999 festgestellt, daß der Ersatz z.B. einer abflußlosen Sammelgrube durch einen Abwasserkanal für ein Grundstück keine Werterhöhung bedeutet.

Zum zweiten Beispiel: Der Zweckverband WAV hatte – wie auch alle anderen Zweckverbände – für die sogenannten Altanschlüsse keine Aufwendungen, denn als die Bürger ihre Anschlüsse teilweise selbst gebuddelt haben, da gab es den Verband noch gar nicht und die Kläranlagen, die für Anschlüsse aus DDR-Zeiten erforderlich waren, die gab es auch schon. Die Anschlüsse und zentralen Einrichtungen wie Klärwerke und Pumpstationen sind mit den Grundgebühren, in denen ja auch Abschreibungen stecken, längst bezahlt!

In den vergangenen Wochen und Monaten ist immer wieder viel zu viel über Verjährung geredet worden. Es kommt nämlich nicht so sehr darauf an, ob Forderungen, die gar nicht berechtigt sind, verjährt sind oder nicht. Entscheidend ist die Tatsache, daß die geforderten Beiträge dem Grunde nach gesetzwidrig sind.

Aber es kommt ja noch schlimmer: Die Zweckverbände sind zwar Körperschaften des öffentlichen Rechts, aber natürlich keine Behörden, die hoheitlich tätig werden dürfen. Sie sind nur Dienstleister! Für Anhörungen, Widerspruchsverfahren und gar Bescheide für nicht erbrachte Leistungen haben sie keine Er-

mächtigungsgrundlage. Deshalb ist es nicht richtig, Widerspruch einzulegen. Denn mit einem Widerspruch erkennt der Widerspruchsführer den Zweckverband als Widerspruchsbehörde an. Ein Anwalt, der jemandem den Widerspruch empfiehlt, gar mit dem zusätzlichen Hinweis, daß er erst einmal zahlen soll, der begeht Mandantenverrat.

Richtig ist, den Zweckverband in seine Schranken als Dienstleister zu weisen und Schriftstücke mit hoheitlichem Charakter, die meistens nicht einmal unterschrieben sind, wegen Nichtzuständigkeit und fehlender Ermächtigungsgrundlage und fehlender Schriftform (keine Unterschrift!) zurückzuweisen. Nur wenige haben den Mut dazu, auch weil sie in juristischen Dingen unsicher sind. Viele haben nicht erkannt, welche Grenzen ein Zweckverband zu beachten hat. Sie hoffen immer noch, nach den Spielregeln der Landesregierung zu ihrem Recht zu kommen. Sie setzen auf eine Sammelklage! Die Sache geht schief!

Die Landesregierung und die ihr nachgeordneten Einrichtungen einschließlich der Gerichte wiederholen gebetsmühlenartig, daß Altanschließerbeiträge rechtmäßig, also gesetzlich zulässig und geboten sind. Dabei berufen sie sich auf das selbstgemachte Kommunalabgabengesetz (KAG). Sie verschweigen und bestreiten, daß dieses KAG selbst gesetzwidrig ist. Eine gerichtliche Überprüfung haben sie abgelehnt. Das waren der Umweltminister, der Innenminister und der Ministerpräsident – alles eine Person mit Namen Dr. Woitke!

Es gibt in Brandenburg keine politische Partei, die diesem Herrn in den Arm fällt. Der Mann repräsentiert ein Unrechtssystem! Die Landesregierung veranstaltet das ganze Theater nur, um ihre eigene verfehlte Wasserpolitik aus unseren Taschen zu bezahlen.

Inzwischen gibt es eine ganze Menge pensionierter Juristen, die sich jetzt, da ihre Karriere zu Ende ist, öffentlich schämen, diesem Unrechtssystem, nichts anderes stützt unsere Justiz, gedient zu haben!

Es kommt nämlich noch schlimmer: Wenn wir einen Widerspruchsbescheid erhalten, dann sollen wir zahlen und wir können ja klagen, so wird uns gesagt. Eine Klage vor dem Verwaltungsgericht kostet nicht nur eine Menge Geld, besonders wenn wir einen Anwalt beauftragen, sondern ist mit Sicherheit erfolglos. Wir haben es von einem Verwaltungsrichter im Gerichtssaal gehört: Der Mann hat öffentlich erklärt, daß er verpflichtet ist, den Willen der Landesregierung durchzusetzen. Diese Aussage ist so ungeheuerlich, daß ich nur wenige Menschen gefunden habe, die mir das geglaubt ha-

ben – und doch ist es wahr. Unsere Kinder und Enkel lernen in der Schule die Geschichte von der Dreigewaltenteilung. Wir haben es nun schon seit Jahren erfahren müssen: diese Geschichte ist ein Märchen, jedenfalls in Brandenburg. Die Verwaltungsgerichte sind hier die Erfüllungsgehilfen der Landesregierung!

Die Bernauer Demonstranten haben das erkannt und wir können nur wünschen, daß sie Erfolg haben: Eine neue Stadtverordnetenversammlung in Bernau, einen neuen Kreistag im Barnim und einen neuen Landtag in Brandenburg! Wir brauchen eine neue Politik in Brandenburg, mit dem Bürger und für den Bürger!

Dank der Initiative der Demonstranten in Bernau sind Altanschließerbeiträge, die Wasserpolitik Wahlkampfthema! Das paßt den Regierenden gar nicht und auch nicht den Parteien, die vor den Nöten und Sorgen der Bürger seit Jahren Auge und Ohr verschlossen halten. Da wird mit Fleiß abgewiegelt, Gesetzestreue vorgetäuscht, beschwichtigt, von Solidarität gefaselt und gar gelogen, was das Zeug hält!

Ich hoffe, daß den Bernauern nicht so bald der Atem ausgeht und daß der Funke auf das ganze Land überspringt! Die Frage nach der Wasserpolitik ist eine der »Gretchenfragen«, die wir den Kandidaten der politischen Parteien immer wieder stellen müssen. Aber aufgepaßt: schon Bismarck wußte: vor Wahlen wird am meisten gelogen! Fragen wir jeden Kandidaten: »Was hast Du bisher getan, ganz konkret?« Viele Bürger sind entschlossen zu kämpfen. Oft bleibt ihnen gar keine andere Wahl, um dem drohenden finanziellen Ruin zu entinnen!

Mit Tausenden, die ihre Bescheide zurückweisen und jede Zahlung verweigern, wären die Zweckverbände und auch die Landesregierung überfordert! Der Widerstand gegen die Politik der Landesregierung muß von einem Gegenwind zum Sturm anwachsen! Wir haben die Macht. Wir sollten sie unerschrocken einsetzen und nicht aus der Hand geben!

Keine Stimme den Parteien, die im Landtag dieses gesetzwidrige Kommunalabgabengesetz beschlossen haben und seit zwei Jahrzehnten eine durch und durch verfehlte Wasserpolitik stützen! Möge es den Wählern gelingen, die Abgeordneten der Parteien (aller!) mitsamt den Ministern von ihren Bänken und aus ihren Sesseln zu verjagen. Wir wollen Abgeordnete und Minister aus dem Volk und für das Volk. Ein Minister hat dem Volk zu dienen! Die Kandidaten der Bürger, Vertreter einer breiten Bürgerbewegung stehen bereit.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen erfolgreiche Kommunalwahlen!

JOHANNES MADEJA

Eine neue Schnapsidee Qual der Wahl

Wie dem »Magazin für das Stadtzentrum Eberswalde – report e« Nr. 1/2014 zu entnehmen ist, plant das Stadtentwicklungsamt die Umgestaltung der Breiten Straße in Eberswalde. Schon die Formulierung der Zielsetzung erscheint unsinnig. Was bedeutet »alle Verkehrsteilnehmer gleichberechtigt« zu berücksichtigen?

Die Straßenverkehrsordnung gilt für alle, und in selbiger ist geregelt, wer welche Rechte und Pflichten hat. In Wahrheit ist doch folgendes passiert, links und rechts einer Durchgangsstraße wurde eine Altstadt mit schmalen Bürgersteigen aufgebaut, und nun wird dumm rumgeflennt, daß die Straße durch die neu gebaute Altstadt führt.

Andernorts ist von Gleichberechtigung nicht die Rede, der ÖPNV sollte auch in Eberswalde Vorrang haben. Bisher ist einiges in Eberswalde getan worden, um den Obus unattraktiv zu machen. Man denke dabei an die Geschwindigkeitsreduzierungen in Finow, indem Tempo 60 beseitigt wurde, im Brandenburgischen Viertel, wo eine Tempo-30-Zone mit Abschaffung der Vorfahrt für den Obus eingerichtet wurde, oder die Geschwindigkeitsreduzierung in der Friedrich-Ebert-Straße. Übriges hat es zur DDR-Zeit eine Vorrangschaltung des Obusse an den Ampelkreuzungen – auch ohne Computer – gegeben.

In »report e« heißt es, Grundvoraussetzung für die Umgestaltung ist eine Temporeduzierung. »Dadurch wird eine Verbesserung der Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer erreicht.«

Hierzu sind mehrere Bemerkungen notwendig. Die Bürger wollen keine Sicherheit. Jährlich sterben etwa 5.000 Menschen direkt durch die Wirkung des Straßenverkehrs, hinzukommen noch die Toten durch die Folgeschäden der Unfälle, die Arbeitsunfälle bei der Kfz.-Produktion sowie Krebstote durch Feinstaub und Asbest. Trotzdem will niemand auf den Kfz.-Verkehr verzichten. Auch die Bundesregierung hat mehrere Gesetze erlassen, die die Sicherheit im Straßenverkehr reduziert.

Richtig ist, eine reduzierte Geschwindigkeit im Straßenverkehr erhöht im Falle eines Zusammenstoßes mit einem Fußgänger dessen Überlebenschancen. Andererseits wird von Fußgängern ein schnell fahrendes Auto eher als Gefahr erkannt als ein langsam fahrendes Auto. Der Fußgänger ist bereit bei langsam sich bewegendem Straßenverkehr ein höheres Risiko beim Überqueren der Straße einzugehen. Diesen Vorgang kann man täglich in der Friedrich-Ebert-Straße beobachten, wo Fußgänger sich waghalsig durch die Fahrzeugkolonnen durchkämpfen.

Einige Bemerkungen zur Straßenbreite: Eine Schlußfolgerung, daß es beidseitig einen 1,25 Meter breiten Schutzstreifen für Radfahrer geben wird, und der Gehweg auf der östlichen Seite bereits fertig ist, besteht in der Verringerung der Straßenbreite der Breiten Straße. Es werden sich gerade einmal 2 Obusse oder 2 LKWs begegnen können. Überholvorgänge von mehrspurigen Fahrzeugen, wozu auch

Pferdefuhrwerke gehören, werden nach dem Ausbau nicht mehr möglich sein. Wie der Rettungsdienst bei zwei sich begegnenden Fahrzeugkolonnen vorwärts kommen wird, bleibt abzuwarten. Die Linksabbieger aus Richtung Osten werden ebenfalls zum Problem. Häufig wird in die Erich-Mühsam-Straße abgebogen, um westlich des Marktes oder im Parkhaus zu parken. Wegen der zu erwartenden geringeren Straßenbreite wird ein Vorbeifahren rechts vom abbiegenden Fahrzeug nicht mehr möglich sein. Falls es sich noch um das erste Fahrzeug einer Kolonne handeln sollte, entsteht hier die Möglichkeit der Verdopplung der Kolonnenlänge. An der Kreuzung mit der Friedrich-Ebert-Straße soll es noch schlimmer werden. Weil die Straßenbreite vor dem Rathaus nicht ausreicht, dürfen PKWs in Zukunft nicht mehr nach links in die Friedrich-Ebert-Straße abbiegen. Für die größeren Busse ist Platz vorhanden. Kommunale Entsorgungsfahrzeuge, LKW Lieferverkehr, vielleicht auch Pflegedienste und Paketdienste sollen den längeren Weg über die Kreuzung Friedensbrücke nehmen, um dann über die Michaelisstraße, den Fußgängerverkehr auf der Nordseite behindernd, wieder in die Friedrich-Ebert-Straße zu gelangen.

Dieser Umweg und die Temporeduzierung in der Breiten Straße verursachen eine längere Verweildauer des Straßenverkehrs im Innenstadtbereich. Ob dadurch eine Reduzierung von Lärm und Feinstaub erfolgen wird ist fraglich, verlässliche Zahlen existieren nicht. Es könnte sogar das Gegenteil erreicht werden, weil mindestens 12.500 Kfz zusätzlich zu berücksichtigen sind. Eine Verbesserung der Umweltverträglichkeit kann nicht nachgewiesen werden.

Indem die Durchlaßfähigkeit der Breiten Straße reduziert wird, verschlechtert sich die Situation für alle Verkehrsteilnehmer und sonstigen Nutzern dieser Straße. Das wird vom Stadtentwicklungsamt den Bürgern als Aufwertung verkauft.

Die Bauzeit ist mit zwei Jahren veranschlagt. Diese Prognose ist jedoch gewagt, man denke an den Ausbau der Eisenbahnstraße und es könnten in der Breiten Straße noch archaische Bodendenkmäler vorhanden sein.

Bisher sind in der Stadt Eberswalde einige Projekte gescheitert, ich denke dabei an die Tempo-30-Zone in der Friedrich-Ebert-Straße, die Verkehrsinsel an der neuen Feuerwache, die Planungen zum Eichwerder Ring und der Kreisverkehr in der Britzer Straße, vielleicht scheitert auch die so geplante Aufwertung der Breiten Straße.

Dr. ULRICH POFAHL

Eberswalde (bbp). Insgesamt zwölf Wahlträger treten am 25. Mai mit ihren Kandidaten zur Wahl der Stadtverordnetenversammlung in Eberswalde an. Das sind so viele wie noch nie zuvor. Neben den sogenannten etablierten Parteien von Linken, SPD, FDP, CDU und Bündnis 90/Die Grünen kommen die sechs Wählergruppen ALLIANZ FREIER WÄHLER (AfW), ALTERNATIVE LISTE EBERSWALDE (ALE), BÜNDNIS FÜR EIN DEMOKRATISCHES EBERSWALDE, BÜRGERFRAKTION BARNIM (BfB), BÜRGER FÜR EBERSWALDE (BfE) und DIE UNABHÄNGIGEN sowie DIE PIRATEN als nichtetablierte Partei, die allerdings nur in einem der beiden Wahlkreise genügend Unterstützungsunterschriften sammeln konnte. Die Tendenz weg von Parteien hin zu Wählergruppen war bereits zu den Wahlen 2008 erkennbar. Damals hatten sich drei Wählergruppen und drei Einzelbewerber der Wahl gestellt, die zusammen auf 21 Prozent der Stimmen kamen und 8 der 36 Stadtverordnetenmandate erringen konnten.

Die BfB schloß sich damals der FDP an, zu der später auch ein Stadtverordneter von der Liste BKB/AfW überlief. Die Liste zerfiel in ihre Einzelabgeordneten. Der AfW-Anteil, Dr. Günther Spangenberg, wechselte mit Zwischenstation bei der Fraktion der Fraktionslosen (gemeinsam mit den beiden Abgeordneten des Bündnisses für ein demokratisches Eberswalde) schließlich zur Fraktion Die Linke/Allianz freier Wähler (DL/AfW). Der dritte BKB/AfW-Abgeordnete, Andreas Wutskowsky bildete schließlich mit Jürgen Kumm, der gleich nach der Wahl im Streit die SPD-Fraktion verlassen hatte, die Fraktion Freie Wähler. Beide kandidieren nicht wieder. Später verstieß die Linksfraktion ihren Aktivisten Carsten Zinn, der Ende 2012 Verstärkung bekam, als Gerd Markmann in das Kommunalparlament nachrückte. Beide repräsentieren Die Linke in der Fraktion DL/AfW und kandidieren am 25. Mai mit der ALTERNATIVEN LISTE EBERSWALDE. Inzwischen hatte auch Ingo Naumann von der BfB die Fraktionsgemeinschaft mit der FDP verlassen und agiert als Einzelabgeordneter.

Somit stehen jetzt am Ende der Wahlperiode den Parteifraktionen sogar neun parteiunabhängige Stadtverordnete gegenüber. Sie bilden drei Fraktionen: Die Linke/Allianz freier Wähler mit drei Mitgliedern sowie das Bündnis für ein demokratisches Eberswalde und die Freien Wähler mit jeweils zwei Mitgliedern. Zwei weitere Stadtverordnete sind fraktionslos.

Sieben von ihnen bewerben sich am 25. Mai erneut um ein Stadtverordnetenmandat. Hinzu kommen zwei Mitglieder der bisherigen Fraktion FDP/BfB, die ihr Glück in Wählergruppen versuchen wollen. Insgesamt repräsentieren diese 9 Stadtverordneten nach dem 2008er Ergebnis nun sogar einen Anteil von mehr als 24 Prozent der Stimmen. Man darf also gespannt sein, wie sich am 25. Mai die Wähler entscheiden.

Gert Schramm geehrt

Dem Schwur von Buchenwald verpflichtet

Eberswalde (prest-bar). Der Eberswalder Gert Schramm ist mit dem Bundesverdienstkreuz am Band ausgezeichnet worden. Er erhält den Orden für seinen langjährigen Kampf gegen rechten Extremismus. Die Auszeichnung im Eberswalder Rathaus nahm in Vertretung des Bundespräsidenten Barnims Landrat Bodo Ihrke vor. In seiner Laudatio hob er hervor: »Menschen wie Sie sind es, die uns davor bewahren, zu vergessen. Sie erinnern und mahnen uns. Sie machen uns damit deutlich, daß ein friedliches und demokratisches Miteinander durchaus keine Selbstverständlichkeit ist. Das verdient Respekt und Anerkennung.«



Gert Schramm, der 1943 von der Gestapo ins Konzentrationslager Buchenwald verschleppt wurde, nahm den Preis sichtlich bewegt entgegen. »Der Kampf muß weitergehen«, sagte er und erinnerte in seiner Dankesrede noch einmal an die Befreiung des Konzentrationslagers vor 70 Jahren. Damals hätten sich die Überlebenden geschworen, solche Grausamkeiten nie wieder zuzulassen und die Verantwortlichen für solche Taten zur Rechenschaft zu ziehen. »Diesem Schwur fühle ich mich verpflichtet«, sagte er.

Der heutige 87-Jährige wurde in Erfurt geboren und ging nach seiner Befreiung aus dem KZ nach Frankreich und Nordrhein-Westfalen, bevor er 1977 schließlich in Eberswalde sesshaft wurde. Seit 1990 engagiert er sich als Zeitzeuge an zahlreichen Schulen der Region.

So berichtete er etwa in der Eberswalder Goethe-Oberschule über viele Jahre hinweg Schülerinnen und Schülern über seine Erlebnisse während der NS-Zeit. Durch seine anschaulichen und lebendigen Schilderungen löste er stets auch persönliche Betroffenheit bei den Jugendlichen aus und regte so zum Nachdenken über die gesellschaftlichen und politischen Zusammenhänge jener Zeit an.

In der Nachbargemeinde Schorfheide ist Gert Schramm an der dortigen Schule Pate des Programms »Schule ohne Rassismus« und füllt es mit Leben. 2011 veröffentlichte er darüber hinaus auch seine Autobiographie »Wer hat Angst vorm schwarzen Mann. Mein Leben in Deutschland«, aus der er Jugendlichen regelmäßig vorliest.

Wie wichtig ist eine Unterschrift? (1)

Jeder kennt das: Ein Brief im Kasten, zum Beispiel vom Wasserverband. Es ist ein Gebührenbescheid. Sieht aus wie ein Formular, ein Computerausdruck, ist auch einer, natürlich nicht unterschrieben. Die Person, die den Bescheid erstellt hat, ist auch nicht genannt. Wenn ich Glück habe steht da: »Ihr ...Team!« Und dann steht da die Formel: »Dieser Bescheid wurde maschinell erstellt und ist ohne Unterschrift gültig«. Viele von uns glauben, daß das tatsächlich so ist.

Einige Tage später ein weiterer Brief, diesmal vom Landrat. Wenn man genauer hinsieht, ist es nur der Kopfbogen vom Landrat. Der Brief kommt in Wahrheit von der Abfallentsorgungsgesellschaft und ist, Sie werden nicht überrascht sein, auch nicht unterschrieben. Es ist der Gebührenbescheid für die Leerung der Mülltonnen. Bescheide, die gibt's ja manchmal auch z.B. von Gerichten, müßten doch eigentlich unterschrieben sein – oder etwa nicht? Ist der Absender »echt«? Wer hat den Bescheid erstellt? Falls der Sachbearbeiter überhaupt namentlich genannt ist, er hat mit großer Sicherheit nicht unterschrieben! Warum nicht? Der Brief ist doch mit der Post gekommen!

Aber da war doch noch ein dritter Brief – diesmal vom Bürgermeister. Schnell mal nachsehen! Richtig! Als oberster Vertreter der Kommune will er Grundsteuern haben, die stehen ihm wohl auch zu, aber auch dieser Bescheid ist nicht unterschrieben. Dafür ist die bekannte Formel (s.o.) am Ende wieder abgedruckt. Kommt der Bescheid wirklich vom Bürgermeister? Stimmt die Kontonummer? Stimmt der Betrag? Wer ist nun verantwortlich, wenn etwas nicht stimmt?

Haben Unterschriften heute, im Zeitalter der »maschinellen Aufbereitung von Dokumenten«, keine Bedeutung mehr?

Sehe ich mir doch gleich mal die Bescheide für Strom und Gas an. Ich bin nicht mehr überrascht – die sind auch nicht unterschrieben!

Nun erinnere ich mich: da hatte ich doch neulich vergessen, einen Überweisungsträger zu unterschreiben. Prompt hat meine Bank die Überweisung nicht ausgeführt! Fand ich in Ordnung! Wenn die Unterschrift nicht nötig wäre, dann könnte ja jeder von meinem Konto Geld überweisen – wohin er will.

Ich erinnere mich noch an einen anderen Fall: Da hatte jemand einem Bescheid aus seinem Landratsamt widersprochen, nur per eMail! Zwar war der Mann eindeutig als Widerspruchsführer zu erkennen – aber trotzdem galt dort der Widerspruch nicht.

Der Amtsleiter hat ihm das in einem schönen langen Brief dann wie folgt erläutert: »Der Widerspruch wurde nicht formgerecht erhoben. Er genügt nicht dem Formerfordernis des § 70 Abs. 1 Satz 1 VwGO (Verwaltungsgerichtsordnung) und wurde damit nicht wirksam eingelegt.« Er hätte also schriftlich, auf Papier widersprechen sollen.

Ich zitiere weiter: »Die erforderliche Schriftform soll gewährleisten, daß aus dem Schriftstück der Inhalt der Erklärung, die abgegeben werden soll, und die Person, von der sie herrührt, mit hinreichender Sicherheit entnommen werden können.« Nach meiner Auffassung – ich habe den

Widerspruch gelesen – hatte er den Widerspruch zwar klar und deutlich formuliert und begründet und war zweifellos der »Urheber«, aber eine Behörde hat wohl zu einer eMail eine etwas andere, vielleicht unmodernere Auffassung. Nun wurde es richtig interessant. Ich zitiere weiter: »Außerdem muß feststehen, daß es sich bei dem Schriftstück nicht bloß um einen Entwurf handelt, sondern daß es mit Wissen und Willen des Urhebers dem Empfänger zugeleitet wird.«

Einen solchen Zweifel kann ich schon gut verstehen, wenn es sich um ein Schriftstück von einer Behörde oder von einer Firma handelt. Aber wenn ein Brief eindeutig von einer privaten Einzelperson abgeschickt wird? Das ist wohl doch ein wenig weit hergeholt!

Aber nun kommt der entscheidende Satz: »Die Schriftlichkeit im Sinne des § 70 Abs. 1 Satz 1 VwGO ist grundsätzlich gewahrt, wenn der Widerspruchsführer die Widerspruchsschrift eigenhändig unterschrieben hat, da so das Schriftstück dem Unterzeichner zuverlässig zugeordnet werden kann.« Abschließend heißt es dann noch, daß »mangels sicherer Identifizierbarkeit eine einfache eMail nicht die Schriftlichkeit im Sinne von § 70 Abs. 1 Satz 1 VwGO wahrht.«

Auf den Umstand, daß man ja heute eMails auch verschlüsselt und/oder digital signiert versenden kann ging der Herr Amtsleiter nicht ein. Wahrscheinlich sind unsere Behörden und Amtsstrukturen noch nicht so weit, um das anwenden zu können. Bleiben wir also vorerst bei der althergebrachten Unterschrift.

Was habe ich nun gelernt? Meine Unterschrift ist ganz wichtig, ohne Unterschrift geht gar nichts, gilt nichts! Ich muß mit meiner Unterschrift Verantwortung übernehmen! Dazu bin ich bereit! Wenn das so ist – und daran gibt es nun wohl keinen Zweifel mehr – wie ist das dann mit Bescheiden, Rechnungen, Mahnungen, Urteilen, Beschlüssen usw.? Müssen die nicht auch alle unterschrieben sein, damit die Schriftlichkeit gewahrt ist und damit sie gelten? Oder ist es etwa ausgeschlossen, daß ein Schreiben einer Firma, einer Behörde, eines Dienstleisters auf dem Weg durch's Haus »aus Versehen« in den Postausgang gelangt? Zudem ist es ja bekannt und schon oft vorgekommen, daß sich Unberechtigte Kopfbögen beschafft und gehörig mißbraucht haben!

Muß ich als Empfänger nicht zweifelsfrei feststellen können, wer mir ein Dokument geschickt hat und wer dafür – natürlich persönlich! – verantwortlich und haftbar ist? Oder gibt es etwa eine Amts- oder gar Staatshaftung – auch ohne Unterschrift? Antworten darauf gibt es in der nächsten Ausgabe der BBP.

JOHANNES MADEJA

Repair Café in der Testphase Für Halt in Biesenthal

Was macht man mit einem Toaster, der nicht mehr funktioniert? Oder mit einem Fahrrad, bei dem das Rad schleift? Oder mit einem Pullover mit Mottenlöchern? Wegwerfen? Warum sollte man?

Um Antworten auf diese Fragen zu finden hat der Verein Hebewerk e.V. am 28. März das erste Repair Café in Eberswalde organisiert. Im Freiraum in der Eisenbahnstraße 84 drehte sich an diesem Tag alles ums Reparieren. Ehrenamtliche Reparateure standen zur Verfügung und halfen kostenlos bei der Reparatur elektrischer Kleingeräte.

Das Konzept: Besucher des Repair Cafés bringen ihre kaputten oder funktionsuntüchtigen Gegenstände von Zuhause mit. Toaster, Lampen, Föhne... alles, was nicht mehr funktioniert, kaputt oder beschädigt ist, kann mitgebracht werden. Und die Wahrscheinlichkeit ist groß, daß die Reparatur gelingt!

Repair Café heißt nicht »kostenloser Reparatur-Service«, sondern gemeinschaftlich organisierte Hilfe zur Selbsthilfe. Getragen von ehrenamtlich engagierten Helfern und Reparatur-Experten, die ihr Wissen und Können freiwillig und unentgeltlich zur Verfügung stellen.

Durch Werbung fürs Reparieren möchte der gemeinnützige Verein Hebewerk e.V. zur Reduzierung des Müllbergs beitragen. »Das ist sehr notwendig«, findet Sven Gumbrecht. »In Deutschland werfen wir unfassbar viel weg. Auch Gegenstände, denen fast nichts fehlt und nach einer einfachen Reparatur wieder zu gebrauchen wären. In einer Zeit, in der alles ständig und günstig zur Verfügung steht, ist Reparieren aus der Mode gekommen. Leider zulasten des Ressourcenverbrauchs und der Ausbeutung von Mensch und Umwelt. Mit dem Repair Café wollen wir das ändern.«

Das Repair Café ist auch dazu gedacht, Menschen in der Nachbarschaft auf neue Art und Weise wieder miteinander in Kontakt zu

bringen. So daß sie entdecken, wie viel Wissen und praktische Fähigkeiten eigentlich vorhanden sind. Sven Gumbrecht: »Wenn man gemeinsam mit einem bis dahin unbekanntem Nachbarn ein Fahrrad, einen CD-Spieler oder eine Hose repariert hat, sieht man diese Person doch mit anderen Augen, wenn man ihr das nächste Mal auf der Straße begegnet. Zusammen etwas reparieren, kann zu ganz tollen Kontakten in der Nachbarschaft führen.«

Heinz Ristenbieter, ein weiterer Ehrenamtlicher, weist ebenfalls darauf hin, daß eine Reparatur auch Geld und kostbare Grundstoffe einspart und zudem zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes beiträgt. »Aber wir wollen mit dem Repair Café vor allem zeigen, daß Reparieren Spaß macht und oft ganz einfach ist.«

Das Konzept Repair Café ist in Amsterdam entstanden, wo die »Stichting Repair Café« (siehe www.repaircafe.nl) seit 2010 regelmäßige Reparaturtreffen organisiert. Seit Januar 2011 unterstützt diese Stiftung auch örtliche Gruppen in Deutschland und anderen europäischen Ländern. In Deutschland werden die Repair Cafés auch von der Stiftungsgemeinschaft »an-stiftung & ertomis« (siehe www.anstiftung-ertomis.de) koordiniert. Die Stiftung unterstützt ebenfalls das Repair Café in Eberswalde.

Der gemeinnützige Verein Hebewerk e. V. will nach dem Testlauf am 28. März regelmäßig ein Repair Café in Eberswalde organisieren. Neuigkeiten über Daten und Orte der kommenden Ausgaben des Repair Cafés werden auf der Webseite des Vereins www.hebewerk-eberswalde.de veröffentlicht.

Hebewerk e.V.

Der Regionalexpreß 3 wird immer stärker von Berufspendlern von und nach Berlin sowie in den Barnim genutzt. Dies ist sehr positiv, denn damit werden der Geldbeutel der Reisenden und die Umwelt geschont. Und ganz nebenbei kann sich der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg über viele Neukunden freuen.

Biesenthal liegt an dieser Strecke, jedoch halten bisher die Züge des RE3 hier nur in wenigen Einzelfällen und dies soll sich mit dem bevorstehenden Fahrplanwechsel noch einmal verschlechtern. Lange Wartezeiten auf einen Anschlußzug in Bernau oder ein unangemessener Umweg über Berlin Lichtenberg, anstatt direkt zum Berliner Hauptbahnhof, wären dann für viele Berufspendler der Alltag.

Dies darf nicht geschehen, denn die Nachfrage nach dem Zustieg zum RE 3 ist da und wird immer höher. Daß der zusätzliche Halt den Reisenden aus Richtung Norden nicht zumuten ist und damit die Fahrtzeit verlängert wird, ist aus meiner Sicht kein stichhaltiges Argument. Schließlich wird die Fahrtzeit des RE3 sowohl mit, als auch ohne den Halt in Biesenthal, mit der gleichen Dauer angegeben.

Ich unterstütze das Anliegen der Bürgerinnen und Bürger von Biesenthal und werde alle meine Möglichkeiten dafür nutzen. Schließlich profitiert auch die Stadt Biesenthal davon, denn mit einem attraktiven Nahverkehrsangebot lockt man auch Leute in diese wunderschöne Stadt.

Dr. MICHAEL LUTHARDT

Infos zum Rufbussystem

Die Fraktion der Wandlitzer Linken lädt am 5. Mai, 10 Uhr, zu einer Informationsveranstaltung zum Thema Rufbussystem in das Rathaus Wandlitz, Prenzlauer Chaussee 157, ein.

Ein Unternehmer aus Sachsen-Anhalt, der ein solches System im Rahmen seiner Diplomarbeit entwickelt hat und es nun auch mit seiner eigenen Firma betreibt, wird zu Gast sein. Er kann zu allen damit zusammenhängenden Fragen einschließlich Fragen zu Fördermöglichkeiten Auskunft geben.

GISELA ZIMMERMANN

Tag des Baumes

Löhme/Joachimsthal (prest-bar). Mit Pflanzaktionen in Löhme und Joachimsthal am 25. April haben Vertreter der Kreisverwaltung und des Kreistages den weltweiten »Tag des Baumes« begangen. Am Wanderweg »Jacobsweg« bei Löhme pflanzten sie gemeinsam mit Vertretern der Stadt Werneuchen und dem Regionalpark Barnimer Feldmark 15 Obstbäume zur Herstellung einer Streuobstwiese.

Am Joachimsthaler Platz in Joachimsthal pflanzte Vizelandrat Carsten Bockhardt mit Vertretern des Amtes Joachimsthal und Joachimsthaler Kindern drei Traubeneichen. Die Traubeneiche ist der »Baum des Jahres« 2014.

Rolf Richter

Unser engagierter Freund und Mitstreiter Rolf Richter ist am 30.04.2014 nach längerer Krankheit kurz vor seinem 76. Geburtstag gestorben.

Unsere Leser haben Rolf Richter mit seinen regelmäßigen Beiträgen in der »Barnimer Bürgerpost« als gesellschaftskritischen Autor kennengelernt. Seine Beiträge zeugten von hoher Sachkenntnis und klarer Analyse und zeigten die notwendigen Schlussfolgerungen auf. Trotz seiner angeschlagenen Gesundheit schrieb er bis zuletzt Artikel für unsere unabhängige Leserzeitung (im März zur Lage in der Ukraine: »Zündeln am Pulverfaß«).

Wort und Tat waren für Rolf Richter stets eine Einheit. Dementsprechend war er immer auch politisch tätig in der Gewerkschaft GEW, in der Arbeitslosenbewegung, im Bündnis für den Frieden Eberswalde und im Bündnis für ein demokratisches Eberswalde. Er war zeitweilig Stadtverordneter und arbeitete in Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung und des Kreistages mit.

Dr. Manfred Pfaff (Vorsitzender des Barnimer Bürgerpost e.V.)
Gerd Markmann (Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«)

Natürlich müssen die dominierenden Parteien einige Spielräume offen halten, damit ihre Herrschaft als demokratisch erscheinen kann. Spielräume sind vor allem die Meinungs-, die Presse- und die Versammlungsfreiheit. Frau Merkel streckte ihre offenen Hände nach vorn und sagte einem Bundesbürger: »Sie können doch ihre Meinung sagen«. Doch was dann?

Die Chancen des Volkes, diese Freiheiten auch wahrnehmen zu können, sind begrenzt. Vor allem dort, wo das Volk sich in den besten Tagesstunden aufhält, ist seine Freiheit gleich null, gleich nullkommanull, weil den Menschen aus dem Volk mit Verlust des Arbeitsplatzes gedroht wird. In den Stunden des Abends und des Wochenendes aber sind die meisten Menschen des Volkes behindert, weil sie Zeit brauchen, um sich vom Streß der Arbeit zu erholen. Und die Langzeit-Arbeitslosen sind durch Hartz IV, durch Armut und Schikanen, ihrer psychischen Kräfte beraubt. Sie liegen halbtot am Boden und vegetieren nur noch. Sollten aber die Arbeiterinnen und Arbeiter um ihre Rechte streiken wollen, dürfen sie sich in der Bundesrepublik nicht zu einem Generalstreik oder einem politischen Streik vereinigen. Das verhindert die dominierende Partei, den Wesensgehalt des Grundgesetzes abtötend, speziell auch Artikel 9 (3).

Noch darf man auf den Straßen demonstrieren. Ein bißchen List ist auch dabei: Ein bißchen Freiheit auch für Rechtsextreme, man könnte sie ja noch benötigen. Trotz alledem, die Polizei hat gelernt: Nachdem sie 1968 demonstrierende Studenten zusammengeschlagen hatte. Und den Studenten Benno Ohne-

Bundestagswahl 2013 – und was dann? (Teil 7)

Justiz ist von Parteien abhängig

von Dr. Rainer Thiel

Im sechsten Teil haben wir einige Beispiele beleuchtet, wie eklatant die Realität von der Verfassungstheorie des Grundgesetzes mit seiner Substanz an Grundrechten abweicht. Und alles geschieht aber im Rahmen von Gesetzen, die von Parteien gemacht wurden. O weh!

sorg getötet hatte. Und eine Psychose geschürt hatte, der Rudi Dutschke zum Opfer fiel. Und selbst kürzlich noch Demonstrationen mit Hundestaffeln, Wasserwerfern und Pfefferspray begleitet hatte: Hunde zum Beißen von Menschen!!!

Immerhin, unter Polizisten gibt es eine Entwicklung zum Besseren. Doch immer wieder versuchen Vorgesetzte, das Demonstrationsrecht durch widersinnige Auflagen einzuschränken. Was sollen da die Polizisten machen? Die meisten wollen Korrektheit. Doch sie sind eingeklemmt zwischen Grundgesetz und Vorgesetzten. Da könnte ich vieles erzählen.

Schließlich noch ein Wort zur Justiz. Rechtsstaat haben zu wollen ist sehr gut. Ein Rechtsstaat muß auch Gesetze schaffen.

Doch wer macht die Gesetze? Die Parteien. Dann ist die Justiz gezwungen, sich im Kreise zu bewegen: Sie muß nach Gesetzen urteilen, die von dominierenden Parteien kommen. Nun müßten die Gesetze am Wesensgehalt des Grundgesetzes geprüft werden. Sollen das die sechzehn Richter am Bundesverfassungsgericht alleine bewältigen? Dürfen sie überhaupt tätig werden, wenn sie von Parteien nicht an-

gerufen werden? Darf sich das Volk ans Verfassungsgericht wenden, wenn es den langen, verschlungenen Weg durch die Instanzen nicht rechtzeitig hat schaffen können? Und wenn es in Einzelfällen trotzdem gelingt – können die sechzehn Richter in Karlsruhe die Zeit aufbringen, jeden Einzelfall gründlich zu prüfen, bevor sie entscheiden? Da gäbe es vieles zu erzählen. Deshalb kommt mir ein Gedanke: Wie die Gesetzes-Justiz nun mal geschaffen ist – sie muß sich am eigenen Schopf aus dem Wasser ziehen.

Freilich, wir werden auch in Zukunft Gesetze und Regeln zum Umgang mit Gesetzen brauchen. Auch Achtung vor Gesetzen und Umgangsregeln. Aber die Gesetze und Verfahrensregeln dürfen nicht durch eine dominierende Partei determiniert sein. Mit ihnen darf nicht der Wesensgehalt des Grundgesetzes ausgehöhlt werden.

»Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.« Was denn sonst?

Justiz muß mit dem Wesensgehalt des Grundgesetzes in Einklang gebracht werden. Das darf den Parteien nicht überlassen bleiben, schon gar nicht einer dominierenden Partei.

Fortsetzung folgt

Andrea Nahles und ihr gestriges Geschwätz

Markus Lanz, dem die Lizenz zum Quasseln wohl nun doch schrittweise entzogen wird, kann mit Damen auch anders als mit Sahra Wagenknecht. Kokett, locker scherzend bis hin zur Anschleimerei. Mindestvoraussetzung – es darf sich nicht um ein Weib aus der roten Hexenküche handeln.

Ein solches Frauenzimmerchen saß ihm jüngst in gluckender, sehr selbstgefälliger Pose gegenüber, wieder mal. Es handelte sich um Andreas Nahles, die es über die Karriere-»Eckpunkte« Juso-Vorsitzende und SPD-Generalsekretärin und einen Auftritt als Pipi-Langstrumpf-Imitatorin bis zur Arbeits- und Sozialministerin gebracht hat. Und sich gegenwärtig feiern läßt für eine andere, großkalibrigere Imitation, mit der sie, wenn auch in der Substanz reduziert, eine Grundförderung der Linken okkupierte.

Als »Generalin« hatte sie, wie die anderen Granden der Volkspartei auch, Mindestlöhne abgelehnt und flächendeckend schon ganz und gar und entsprechende Forderungen der Linkspartei als Populismus abgetan. Erst als die Demoskopen herausfanden, daß die Mehrheit der »Menschen draußen im Lande« das ganz anders sahen, machte sich die SPD auffallend unauffällig die Idee zu eigen und verkaufte sie dann lärmend als auf ihrem Mist gewachsen.

Ein schönes Beispiel für die Windschnittigkeit einer Partei, die gelegentlich noch immer damit prahlt, August Bebel zum Urvater zu haben.

Zwei weitere Beispiele kamen bei Lanz zur Sprache. Er erinnerte die Gästin freundlich daran, daß sie bei einem früheren Gespräch (das war ganze neun Monate her) auf die Frage nach einer Groko nach den Wahlen mit einem empörten »Nie und nimmer« geantwortet habe.

Und das mopsige Mädchen setzte ein Gesicht auf, das schelmisch sein sollte, und sprach: »Jetzt haben wir sie«. Lanz hatte damals auch auf den Busch geklopft und sie gefragt, ob sie sich in einer großen Koalition, die es ja nicht geben werde, trotzdem als Ministerin für Arbeit und Soziales vorstellen könne, worauf sie refrainartig »Nie und nimmer« geantwortet habe. Dann – wieder in der Gegenwart O-Ton Andrea: »Jetzt bin ich es«.

Lanz kam weder in Rage, noch mimte er den Entsetzten, und er verzichtete auch – Kavalier,

der er ist – darauf, der nudeldicken Dim ihre Charakter- und Würdelosigkeit vorzuhalten. Stattdessen folgte dem Enttarnen einer Lügnerin lustiges Blabla, in dem der Ministerin Gelegenheit gegeben wurde, scherzend abzustreiten, Ambitionen auf das Kanzleramt zu haben.

Jeder einigermaßen couragierte »Talk-Master« hätte scharf nachgefragt und nach den Gründen und Hintergründen der jähen Bewußtseinswandlung geforscht, hätte nicht zugelassen, daß sich eine Machtbeteiligte juxend aus der Affäre zieht. Und eine einigermaßen ernst zu nehmende Frau hätte darauf bestanden, ihr eigentlich unerklärbares Verhalten zu erklären, zu entschuldigen oder was auch immer.

Für den geneigten Zuschauer blieb die bittere Erkenntnis, daß es nicht nur Konrad Adenauer war, den sein Geschwätz von gestern später nicht mehr interessierte.

Dr. STEFFEN PELTSCH

Hundert Jahre Einsamkeit

Finowkanal-Geschichten-Wanderung 6 am 24. Mai, 10 - 12.30 Uhr

Hundert Jahre Einsamkeit – so könnte man den berühmten Buchtitel des kürzlich verstorbenen kolumbianischen Literatur-Nobelpreisträgers Gabriel Garcia Marquez auf den »Langer Trödel« genannten Abschnitt des Finowkanals zwischen Liebenwalde und Zerpenschleuse anwenden. Denn im Jahr 1914 wurde dieser Teil des Finowkanals durch den Bau des Oder-Havel-Kanals, der damals Hohenzollern-Kanal hieß, überflüssig und infolgedessen vom Finowkanal abgetrennt. In der Abgeschiedenheit entwickelte sich eine einzigartige Naturlandschaft, die besonders zum Paddeln und zum ungestörten Naturgenuß einlud.

Unser »Macondo« heißt Zerpenschleuse, und dort rattern seit 2013 die Baumaschinen. Drei neue Brücken und eine Schleuse entstehen, und ab 2015 können Wassertouristen über den »Langen Trödel« wieder ohne Umweg den Abschnitt des historischen Finowkanals mit seinen 12 handbetriebenen Schleusen aus dem 19. Jahrhundert erreichen.

Unsere Erzählerinnen sind dieses Mal Frau Uhlig aus dem Projektteam des Landkreises Barnim, die uns die neu entstehenden Bauwerke und die weiteren Planungen im Bereich Zerpenschleuse erläutert. Für die Berichte aus der Vergangenheit des Ortes und dieses Abschnitts unseres Finowkanals sorgt die Ortshistorikerin Frau Ziebarth. Erfahren Sie, warum Stege nicht Stege sondern »Waschbänke« heißen. Hören Sie Beispiele des »Drüümsch« genannten Dialekts, den die Leute auf der anderen Seite des Finowkanals sprachen. Wandern Sie mit uns zu der neu entstehenden Schleuse, wundern Sie sich wie wir über die handgeschmiedeten Nägel in den herausgebaggerten Resten des Holzes der ersten Schleuse aus dem Jahr 1605. Sehen Sie, welche Dynamik der Wassertourismus schon jetzt in die lokale Wirtschaft des Ortes trägt.

Die Wanderung richtet sich an die historisch interessierten Anwohner der Region. Gern dürfen Sie mit eigenen Geschichten, Fakten oder Anekdoten zum Gelingen beitragen. Alt- und Neubürger sind gleichermaßen willkommen. Bitte tragen Sie der Witterung angepaßte Kleidung. Da wir teilweise rauhes Gelände betreten, empfiehlt sich robustes Schuhwerk.

Treffpunkt ist am Sonnabend, den 24. Mai, um 10 Uhr die Kreuzung der B109 (»Berliner Straße«) mit der Liebenwalder Straße in Zerpenschleuse. Dort ist eine Baustelle mit Ampel. Biegen Sie direkt vor dem Finowkanal in die Liebenwalder Straße ab.

Die Wanderung führt zur Baustelle der neuen Schleuse, von wo aus Sie das neu entstehende Hafendorf und die Baustelle der neuen Marina sehen. Vor dort geht es am nördlichen Kanalufer zurück zur Baustelle der neuen Klappbrücke über den Kanal und weiter an

den alten Häusern entlang bis zur Fachwerkkirche, die wir anlässlich unserer Wanderung betreten dürfen. Viele der alten Gebäude erzählen (dank Frau Ziebarth) noch ihre Geschichten von der einstigen Glashütte und dem Durst der Arbeiter, der nur mithilfe der lokalen Brauerei und der 14 Kneipen des Ortes zu stillen war.

Die Wanderung endet am Gasthaus am Finowkanal, wo wir, wenn Sie Lust und Zeit haben, zu Mittag speisen und gern auch über den Finowkanal diskutieren können. Zum Beispiel über die Frage, wie es mit dem Finowkanal weitergehen soll und welchen Sinn die Öffnung des Langen Trödel macht, wenn die Bootstouristen womöglich wegen maroder Schleusen ihre Fahrt über Finowfurt und Eberswalde zum Schiffshebewerk nicht fortsetzen können.

Wenn Sie Fragen zu dieser Finowkanal-Geschichten-Wanderung haben, erreichen Sie uns wie immer unter der Emailadresse unserfinowkanal@t-online.de.

Werfen Sie auch mal einen Blick in unsere neue Website: unser-finowkanal.de. Ich freue mich erneut auf eine weitere spannende Unternehmung mit Ihnen.

Prof. HARTMUT GINNOW-MERKERT,
Unser Finowkanal e.V.i.G.

Ostern 2014

*Fast alle normalen Menschen lieben den Frieden
Nur der gemeinsame Kampf aller friedliebenden Menschen gegen Krieg
gegen Auslandseinsätze
gegen Atomwaffen, Rüstung und Waffenhandel
gegen machtgierige Kriegshetzer, Kriegstreiber und Kriegsverbrecher, ist das Ziel
Die friedliebenden Menschen, es sind Millionen, sie müssen sich nur ihrer Kraft bewusst werden
Damit Menschen, Tiere und die Natur in Frieden gedeihen können.*

Die rote Oma*

* Elisabeth Monsig zu den 2014er Ostermärschen.

Was macht das Rentier auf dem Friedhof?

Dieser Frage nachzugehen, verbietet sich am Weihnachtsfest schon aus Pietätsgründen. Was sollen da die Kinder denken? Aber jetzt hatten wir ja gerade Ostern. Und da konnte man durchaus zum Friedhof gehen, um nachzuschauen, ob der eine oder andere wiederauferstanden ist, Rentiere inklusive.

Daß die Wiederauferstehung keiner leerer Wahn ist, sehen wir ja an Jesus. Am dritten Tag nach seiner schrecklichen Kreuzigung, erschien er den Jüngern und verströmt seitdem seine unendliche Liebe. So berichten es die Apostel. Eine schöne Geschichte!

Ein Horrorfilm-Regisseur würde da eine ganz andere Geschichte erzählen: Von sich öffnenden Gräbern, aus denen leichenblasse Zombies steigen, die mit ihrem unendlichen Haß die Welt in Angst und Schrecken versetzen. Doch dieser Frage nachzugehen, verbietet sich auch am Osterfest aus Pietätsgründen.

Heutzutage liegen unsere lieben Leichen gesetzeskonform klafertief im Erdboden, und wenn nicht nach 20 Jahren Totenruhe spendable Angehörige die Grabstelle weiter finanzieren, rücken die Totengräber an, um die Gebeine, ob verwest oder noch nicht, auf dem Abfallplatz des Friedhofes einem zweifelhaften Schicksal zu überlassen. Doch dieser Frage weiter nachzugehen, verbietet sich aus ... na, Sie wissen schon.

Kommen wir auf die Rentiere zurück. Ja, es gibt sie wirklich auf manchen Friedhöfen. Genauso wie solche Inschriften: »Oberförster Wartenberg starb in Flandern den Heldenod!« oder »Wenn Du einem Feldjäger einen Befehl gabst, so warst Du sicher.«

Wenn ich meinem Vater früher von meinen Schulproblemen berichtete, war ich auch sicher: daß ihn das einen feuchten Dreck interessierte!

Früher also, im deutschen Kaiserreich, war man so stolz darauf, eine Rente zu beziehen, die, nebenbei bemerkt, von Bismarck wegen der »gefährlichen« Sozialdemokratie eingeführt wurde, daß man stolz seine Nicht-Erwerbstätigkeit auf den Grabstein meißen ließ: »Hier ruht der Rentier Gustav Herrmann Schulze!«

Damals hatte ja eine Rente noch einen Wert! Heutzutage kommt niemand mehr auf die Idee, seiner Hinterbliebenen den Spruch zu vermachen: »Hier ruht Frieda Paschulke, EU-Rentnerin. UNVERGESSEN« Unsere Einkommen reichen heute bloß für Mini-Grabsteine und Minigräber, so daß folgende Inschrift schon allein aus Platzgründen nicht in Frage kommen kann: »Reiner Morgenthau 1958-2014, Bezieher von Leistungen zur Grundsicherung bei Erwerbslosigkeit – unwergessen!«

JÜRGEN GRAMZOW

Barnimer Bürgerpost abonnieren!

Vor 69 Jahren:

Mord in Altenhof

Nach dem schnellen Vormarsch der Sowjetarmee im Januar 1945 bis an die Oder im Raum Frankfurt versuchte die deutsche Wehrmacht von Ostpommern aus in die Flanke der an der Oder stehenden Angriffsspitzen zu stoßen. Im Februar und März gab es hier schwere Kämpfe, bei denen auch 22 sowjetische Soldaten gefangen genommen wurden. Zum Teil schwer verwundet wurden sie über die Oder gebracht. Am 18. März 1945 kamen sie nach Lichterfelde und wurden von dort aus Anfang April nach Altenhof gebracht.

»Zu jener Zeit ahnten sie noch nicht, daß es ihr Weg in den Tod war«, heißt es in der Altenhofer Chronik. »Nach langem entbehrungsreichen Marsch kamen die 22 sowjetischen Soldaten völlig erschöpft, sich gegenseitig stützend und mit durchbluteten Verbänden in Altenhof an und wurden hier in die Scheune neben der Schule getrieben. Als danach der Schulhof mit Stacheldraht umzäunt war, mußten die Gefangenen etwa 10 Tage unter freiem Himmel verbringen.«

Es ist überliefert, daß sie von einigen Altenhofern ab und zu mal etwas zu essen bekamen. Die Gefangenen wurden außerdem öfter zum Verbinden in das Lazarett im späteren August-Bebel-Heim geführt, dennoch besserte sich ihr Zustand kaum. Noch bevor am 16. April die sowjetische Offensive auf Berlin begann, wurden die 22 Sowjetsoldaten im Wald unweit der Schule ermordet. Zwei der Gefangenen wagten noch einen Fluchtversuch, wurden auf der Flucht jedoch ebenfalls erschossen.

Am 28. April zogen die sowjetischen Truppen in Altenhof ein. Ein in Altenhof geachteter Mann namens Schleyer ging ihnen entgegen. Er verständigte sich auf französisch mit dem Kommandeur der sowjetischen Einheit. So konnten Mißverständnisse vermieden und die Verfolgung der Mörder eingeleitet werden. Der Hauptverantwortliche, ein Oberleutnant Grabowski (nach anderen Leutnant Schonetzki), bekam im Jahr 1946 seine gerechte Strafe.



Im Frühjahr 1946 wurde die Grabstätte eingezäunt und seitdem von der Gemeinde gepflegt. Etwa 1960 wurde ein neues Denkmal errichtet, über das 1975 der Altenhofer Jugendclub die Patenschaft übernahm. Heute ist die Gemeinde Schorfheide für die Pflege und den Erhalt der Gedenkstätte verantwortlich.

G.M.

Hanseatische Ehrendoktoren

Zwischen Rostock und Lübeck liegen knapp 100 km Luftlinie; die Universitäten der Hansestädte trennen Welten.

Der Senat der Rostocker Alma mater kam überein, einen praktizierenden Aufklärer für seine engagierte Verkündung ungeliebter Wahrheiten, für Mut und Würde die Ehrendoktorschaft anzutragen. Normalerweise ein Vorhaben, das zum akademischen Leben gehört und durchaus auch dem Ruf der Lehranstalt dienlich ist, fällt doch immer vom Glanz eines berühmten Namens Rühmlichkeit auch für die auszeichnende Institution ab.

In grauen Vorzeiten standen die Rektoren aus aller Welt bei Einstein in langer Schlange an und bettelten den Relativitätstheoretiker um die Gnade, ihm den Hut mit der hochstehenden Krempe aufsetzen zu dürfen. Es macht noch heute was her, wenn eine Universität im Briefkopf ihrer Korrespondenzen auf den klugen Albert verweisen kann.

Was den Rostocker Fall angeht, so wird das hohe akademische Haus mit einem speziellen Image leben müssen, denn ihr Ehrendoktor gilt in anderen, in Sonderheit den Mächtigen in Gottes eigenem Land, als Verbrecher, Vaterlandsverräter, als Nestbeschmutzer zumindest, auf den der Präsident Obama – was für ein Drama – die Kopffäger der CIA angesetzt hat. Um eventuellen Denunzianten die Gewissensbisse zu nehmen, ließ der Nachfahre Abraham Lincolns verkünde, der böse Mann werde zwar vor Gericht gestellt, aber – ausnahmsweise – nicht gefoltert. Es geht um Mister Snowden, der es als Kenner amerikanischer Sitten und Gebräuche im Geheimdienstmilieu vorzog, um des lieben Lebens willen ausgerechnet bei den Russen um Quartier zu bitten, wohl wissend, daß er nur in einer Nebenhöhle des Löwen unterkam. Der junge Mann hat aus Gewissensgründen und nur aus Gewissensgründen das hochverräterische Umgehen der USA mit ihren »Freunden« und »Verbündeten« enttarnt, wohl wissend, daß er fortan als Ausgestoßener

leben muß. daß es dennoch reichlich Menschen allüberall (nur kaum unter den regierenden) gibt, die dem Ehrenmann ihre Solidarität bekunden – unter ihnen Nobelpreisträger, Prominente aus der Film- und Showbranche, namhafte Sportler – ist Beleg für unausrottbaren Anstand, für Haltung und hohe Moral. Die Rostocker Magnifizenzen sind also in bester Gesellschaft. Hut ab und Snowden einen aufgesetzt!

In Lübecker Universitätskreisen ging zeitgleich ein Akt des akademischen Ausverkaufs über die Bühne – es wurde eine Posse mit großer Pose inszeniert, die fortan erlaubt, von einem Narrenhaus zu sprechen, wenn das hehre hohe Haus gleich hinterm Holstentor gemeint ist.

Eben erst hatte Frau Schavan, Bussi-bussi-Freundin der Kanzlerin, vom Berufungsgericht, in zweiter Instanz also, bestätigt bekommen, daß sie in ihrer Doktorarbeit weit mehr abgekupfert hat als ihr Blockfreund, der Freiherr mit den 22 Vornamen, bei seiner und die mit Lug und Trug erstellte Promotionsschrift keinen Pfifferling wert ist, da wurde dem zur geistigen Kleptomanie neigenden Frauenzimmer eine zweite Chance geboten. Und zwar auf dem allerersten Arbeitsmarkt.

Frau Dr. h.c. Schavan wird Botschafterin der Bundesrepublik Deutschland beim Vatikan. Jauchzet und frohlocket, halleluja!

Die Entscheidungsträger an der Trave entblödeten sich nicht, der nunmehrigen Diplomatin aus der peinlichen Phase der Titellosigkeit herauszuhelfen und sie zu ehren in Form eines Doktorhuts, an dem die Schleimspuren der Devotheit kleben. Und die biedere Parteichristin war kühn (oder unverschämte) genug, das miese Spiel mitzuspielen. Alles halb so schlimm. Man kommt hierzulande also auch auf anderem Wege als dem der Hochstapelei zu unverdienten akademischen Titeln. Ob Frau Dr. h.c.h.c.h.c. Margot Honecker eine Glückwunschmail geschickt hat, ist unbekannt.

Dr. STEFFEN PELTSCH

Sie kämpften für die Heimat

Sie zu ehren, versammeln wir uns am 10. Mai um 10 Uhr am Ehrenmal im Wald von Altenhof. Erweisen Sie den im April 1945 hier ermordeten sowjetischen Kriegsgefangenen gemeinsam mit uns in Erinnerung die Ehre.

Zur anschließenden Mitgliederversammlung, die um 11 Uhr im Palmencafé beginnt, laden wir Sie herzlich ein. Reden wir über die neue politische Gefahr!

KARL-HEINZ BLÄTTERMANN,
KPD Barnim/Märkisch-Oderland

Bürger gedachten Heldentat

Die Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft e.V. Eberswalde hatte zu einer Gedenkveranstaltung am 6. April auf den Garnisonsfriedhof in Eberswalde eingeladen. Viele Bürger folgten dem Aufruf und erinnerten an die aufopferungsvolle Tat der sowjetischen Militärflieger Boris Kapustin und Juri Janow vor 48 Jahren. Die beiden Piloten haben ihr Leben gegeben, um viele Menschenleben in Berlin-Spandau zu bewahren. Als ihr Jagdflugzeug wegen eines Defekts im Abstürzen war, katapultierten sie sich entgegen einem entsprechenden Befehl nicht, hielten die Maschine über dem dicht besiedelten Gebiet noch in der Luft und konnten sich dann vor dem Absturz in den Stötzensee nicht mehr retten.

So eine Tat darf nie vergessen werden.

WALDEMAR HICKEL

Australian Bee Gees

A Tribute To The Bee Gees in Eberswalde

Am 2. Mai gastiert die wohl beste Tribute-Band der Bee Gees, die »Australian Bee Gees« erstmalig in der Stadthalle Eberswalde im Familiengarten.

SUSANN PIETSCHMANN

Anzeige

Jeder zweite HERZSCHLAG ist KULTUR!!!

Alternative Liste Eberswalde

Impressum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon/fax: (0 33 34) 35 65 42 / 25 92 10

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/> und .../bbp-blog/

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: Archiv, Ginnert-Merkert, Gramzow, Köhler, Markmann, SPD-Finow, Rud-Wolga

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionschluß: 27. April 2014

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 29. Mai 2014.

O du schöner Rosengarten

Am 4. Mai um 15 Uhr veranstalten die Freiraum-Initiative, wandelBar und der »Neue Blumenplatz« ein Frühlingskonzert im Forstbotanischen Garten (bei Regen im Wurzelkeller).

Es grünt. Es blüht. Es girrt. Es flirrt. Blumenfülle und Gartenpracht feiern wir mit englischen und italienischen Liedern aus Renaissance und Frühbarock und deutschen Volksliedern. Gemeinsam mit der Sopranistin Anne Schneider und Thomas Höhne an Laute, Romantikgitarre und Theorbe begeben wir uns hinein in den Taumel aus Verliebtheit und Sehnen, Euphorie und Wehmut, von der die Vögel, Bäche und Wälder künden.

Wach auf, o Herz, der Frühling ist da!

DOWAN

Tanzcafé in Finow

Auch in diesem Jahr steht einmal monatlich dienstags um 14 Uhr das beliebte Tanzcafé im »Bahnhofstreff« Finow auf dem Programm. Die nächsten Termine bis zur Sommerpause sind der 6. Mai und der 3. Juni. Nach den Ferien geht es dann am 2. September weiter. Der Eintritt kostet jeweils 6 Euro.

Die ebenfalls im Objekt Bahnhofstr. 32 ansässige ehrenamtliche Bibliothek Finow offeriert von Montag bis Donnerstag eine erstaunliche Auswahl an Belletristik, Bildbänden, Reise- und Kinderliteratur. Nutzen Sie das Angebot, und schmökern Sie wieder öfter!

GERD WIESNER

Wandertips

von BERND MÜLLER

Wanderungen in der Neumark

An den vier Mai-Sonntagen organisieren die NaturFreunde Oderbarnim-Oderland Wanderungen auf der polnischen Seite der Oder im ehemaligen Landkreis Königsberg/Neumark (heute: Chojna).

4. Mai: Von Alt Cüstrinchen nach Alt Rüditz

Geführter 4,5 km Spaziergang auf der polnischen Oderseite. Von Stary Kostrzynek (Alt Küstrinchen) spazieren wir durch den teils verschwundenen Ort und werden Reste der Bebauung sehen. Auf dem Höhenweg der Zehden Karpaten geht es weiter bis zum Ort Stara Rudnica (Alt Rüditz). Es werden 55 Höhenmeter überwunden. Treff: 13.30 Uhr

11. Mai: Die Rieseneiche im Eichhorntal

13 km Wanderung (Rundtour). Vom Bahnhof Siekierki (Zäckerick) wandern wir entlang dem wunderschönen Fließ. Ab und an öffnet sich das Tal mit herrlichen Fischteichen. Wir besuchen die Rieseneiche und machen Mittagspause in Golice (Grünberg). Nach 1 km Pflasterweg geht es wieder auf Feldwegen zurück zum Ausgangspunkt. Treff: 10 Uhr. Gebühr für Erwachsene 3 €.

18. Mai: Tal der Liebe, Willkommen im Tal, das die Liebe schuf... (5 km Spaziergang)

Als im Jahre 1850 Carl Philip von Humbert, der damals Landrat im Kreis Königsberg/Neumark war, eine längere Dienstreise antrat, gestaltete seine Frau Anna Sophie das hügelige Gelände an der Oder zu einem Park um. Im Buchenwald, auf den Moränenanhöhen, wurden Wege gezogen und Zierbüsche und Bäume gepflanzt... Das Tal der Liebe entstand.

Nach einem Mittagsimbiss bei Beata in Zatón Dolny (Nieder Saathen) wandern wir durch das Tal, das die Liebe schuf. Auf einem Rundwanderweg (5km) über Bastei, vorbei am Herthasee und Gedenkhöhe, wo es einen herrlichen Blick ins Land gibt, geht es durch wunderschöne Wälder. Das eine oder andere Kräutlein wird dabei erklärt. Am Endpunkt Kaffee und Kuchen bei Beata. Besichtigung der Kirche von 1711 mit Glockenturm möglich. Treff: 11 Uhr

25. Mai: Zur Zachower Kaisereiche

Auf wiederentdecktem Wanderweg geht es von der Kirche von Czachów (Zachow) in den malerischen Wald zu den über 400 Jahre alten Eichen bei Idaswalde. Hier soll einmal ein Kloster gestanden haben, wozu es eine Sage gibt. Kaffee und Kuchen unter den Eichen. Wegstrecke 7,25 Kilometer. Treff: 13.30 Uhr.

Wir bitten um Anmeldung unter 03344/333200 oder wandermueller@aol.com.
Treffpunkt jeweils vor dem Hotel »Zur Fährbühne«, Fährweg 17, 16259 Hohenwutzen. Tourleiterin ist Corinna Gerber.
Gebühr (wenn nicht anders verzeichnet): 2,50 € für Erwachsene, 1,50 € für Kinder. NaturFreunde und Freiwälder Kurkarteninhaber. Kostenfrei für Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. und Kinder mit Familienpaß Brandenburg.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 10 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten)

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung der o.g. Angebote)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

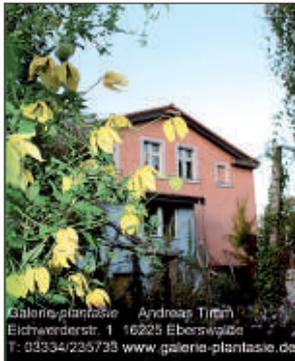
Öffentliche Rentensprechstunde

Rentenempfänger haben die Möglichkeit, jeden zweiten Mittwoch im Monat Fragen und Probleme zu ihren Rentenbescheiden durch Mitarbeiter der Brandenburgischen Renteninitiative klären zu lassen. Der Arbeitskreis »Brandenburgische Renteninitiative« unter Leitung von Frank Gaethke gibt Hilfestellung beim Lesen von Rentenbescheiden und Formulieren von Widersprüchen. Die Sprechstunden finden im Objekt der Volkssolidarität, Mauerstr. 17 (Richterplatz) in Eberswalde, statt. Der nächste Termin ist am Mittwoch, dem 14. Mai, von 10 bis 13 Uhr.

ANDREA HOEHNE, Volkssolidarität Barnim

Offenes Atelier

Zum Offenen Atelier am Sonntag, den 4. Mai, laden wir Sie zwischen 10 und 17 Uhr ganz herzlich in die Galerie plantasia (Eichwerderstraße 1, 16225 Eberswalde) ein. Als



Galerie plantasia Andreas Timm
Eichwerderstr. 1 16225 Eberswalde
T: 03334/235733 www.galerie-plantasia.de

Gastkünstlerin bietet die Silberschmiedemeisterin Elisabeth Eichhorn besondere Mineralien und Fossilien in Silber verarbeitet sowie als Sammlerstücke an. Andreas Timm zeigt aktuelle Malerei und Grafik sowie Gartendesign.

Natürlich können Sie auch per Zeitmaschine durch den Plantasiegarten reisen: Infolge des milden Winters erleben Sie ein Naturszenario, wie es um den 25. Mai üblich ist.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

MATHILDE PIETZNER
und ANDREAS TIMM

Sommerfreizeit

In der ersten vollen Woche der Sommerferien, vom 13. bis 20. Juli startet die schon traditionelle Sommerfreizeit für 11- bis 18-jährige der evangelischen Jugendarbeit Barnim. Ziel ist ein festes Haus mit großzügigem Gelände am Großen Däbersee in Waldsieversdorf/Märkische Schweiz. Das abwechslungsreiche Ferienprogramm bereiten ehrenamtliche Jugendgruppenleiter/innen und berufliche Jugendmitarbeiter vor. Unter anderem wird es Workshops geben, von denen die Teilnehmenden auswählen können: Breakdance, Fotografieren, Schneidern, Outdoorlife und Geschichte/n. Die Jugendlichen können dabei neue Dinge und Sichtweisen ausprobieren. Daneben wird genug Zeit sein, den See zu genießen, gemeinsame Aktionen zu erleben und neue Leute kennen zu lernen.

DIETER GADISCHKE

Mehr Informationen bei den Jugendmitarbeitern Heinrich Oehme (heinrichoehme@gmx.de, Tel. 0173-8938381) und Dieter Gadischke (kjw-bernaue@web.de, Tel. (03338) 709868) oder in den Jugendtreffs »Wolke6« in Eberswalde, Kirchstraße 6 und »Offene Hütte« in Bernau, Kirchplatz 10.

Tag der Befreiung

Am Donnerstag, dem 8. Mai, laden die Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft und die Stadt Eberswalde zu einer Kranzniederlegung am sowjetischen Ehrenmal in der Freienwalder Straße anlässlich des 69. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus ein. Um 17 Uhr gedenken wir der Opfer von Krieg und faschistischer Gewaltherrschaft. Alle Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen.

WALDEMAR HICKEL

Der Choriner LandSalon e.V. lädt ein:

Podiumsdiskussion zur Europawahl 2014

Am 10. Mai 2014 um 19.30 Uhr im Historischen Bahnhof Chorin (ehemalige Wartehalle), 16230 Chorin Bahnhofstr. 1, mit:

Susanne Melior (SPD)

Christian Ehler (CDU)

Helmut Scholz (DIE LINKE)

Annalena Bärbock (MdB, die Grünen, in Vertretung für Franziska Keller)

Die Teilnehmer/innen werden sich kurz persönlich vorstellen, ihre politischen Schwerpunktfelder benennen und zu Fragen, die für unsere Region von Bedeutung sind, Stellung nehmen. Dabei sollte auch deutlich werden, wie Entscheidungen auf europäischer Ebene in der Region wirksam werden und inwiefern die Abgeordneten im Europäischen Parlament sich u. a. auch für unsere Region einsetzen können.

Im Mittelpunkt der Diskussion sollten Fragen der Agrarpolitik, des Natur und Umweltschutzes und der Energiepolitik stehen.

Anzeige

Am 25. Mai sind Kommunalwahlen. Wählen Sie alternativ.

Eberswalde ist größer als der Marktplatz. Wir wollen die gleichberechtigte Entwicklung aller Stadtteile. Wir fordern überschaubare Ortsteile und mehr Rechte für die Ortsteilververtretungen.

Wir wollen eine starke Kommune mit einer modernen entwickelten Wirtschaft, die für alle von Vorteil ist und die finanzielle Unabhängigkeit der Stadt garantiert.

Wir stehen für soziale Gerechtigkeit und wollen den Benachteiligten eine Stimme geben.

Wir wollen Transparenz in allen städtischen Angelegenheiten (»gläsernes Rathaus«).

Wir wollen selbstbewusste und aktive Bürgerinnen und Bürger, die die Kommunalpolitik in die eigene Hand nehmen und das öffentliche Leben in unserer Stadt bestimmen.

**Alternative
Liste
Eberswalde**

Unsere Kandidaten für den Kreistag Barnim und die Stadtverordnetenversammlung Eberswalde:

Wahlkreis 1 (Finow, Brbg. Viertel, Spechthausen):

Carsten Zinn

Silke Markmann

Wahlkreis 2 (Eberswalde, Sommerfelde, Tornow):

Gerd Markmann

Mirko Wolfgramm

Andreas Rumpelt

Unser Kandidat für das Amt des Ortsvorstehers im Brandenburgischen Viertel:

Carsten Zinn



Liste 12